

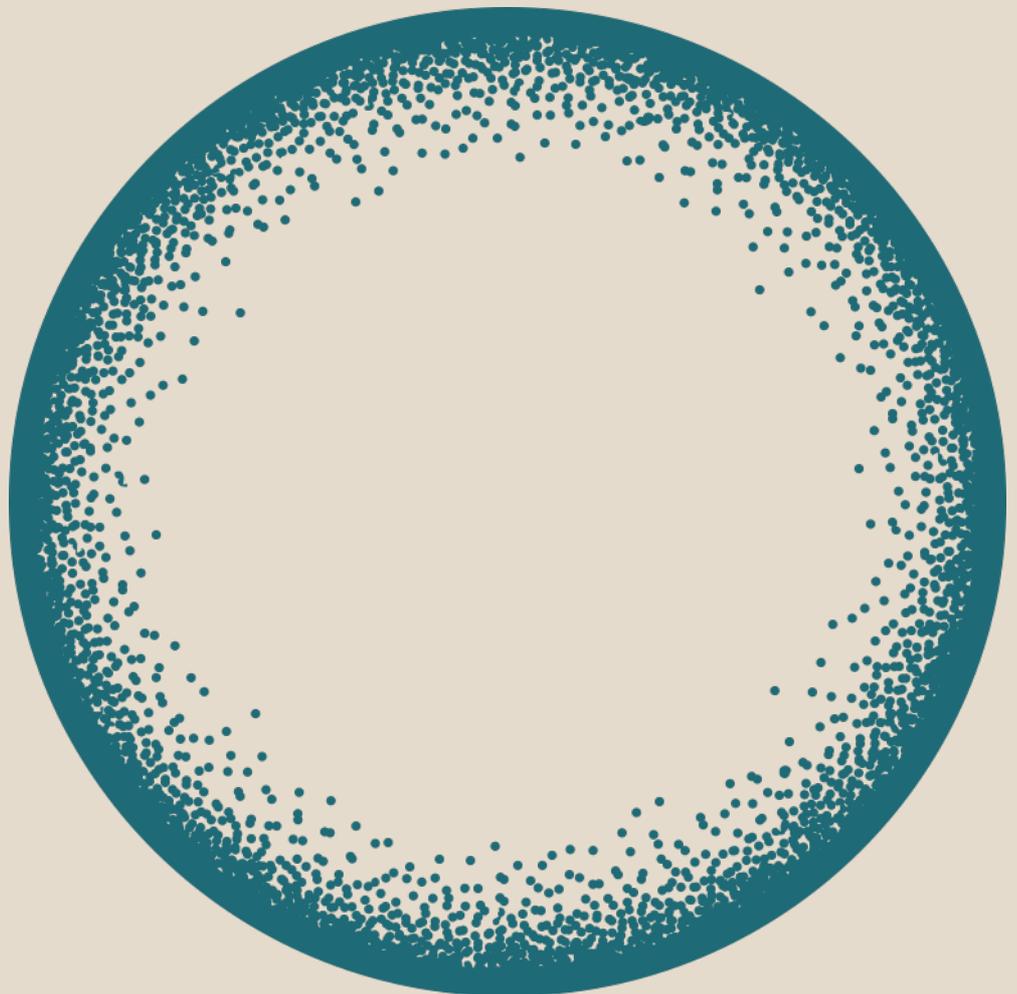
FORUM FOR A NEW ECONOMY

NO. 05
2022

Working Papers

Narrative Ökonomik: Europa als „Transferunion“ oder „Risikogemeinschaft“? Eine empirische Analyse

Doris Neuberger und Edoardo Beretta



Impressum:

Forum New Economy Working Papers

ISSN 2702-3214 (electronic version)

Publisher and distributor: Forum for a New Economy

Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Germany

Telephone +49 (0) 30 767596913, email press@newforum.org

Lead Editor: Thomas Fricke

An electronic version of the paper may be downloaded

- from the RePEc website: www.RePEc.org
- from the Forum New Economy website: <https://www.newforum.org>

**NARRATIVE ÖKONOMIK:
EUROPA ALS “TRANSFERUNION” ODER “RISIKOGEMEINSCHAFT”?
EINE EMPIRISCHE ANALYSE***

Doris Neuberger[†], Universität Rostock
Edoardo Beretta, Università della Svizzera italiana

Zusammenfassung

Ökonomische Entwicklungen werden oft durch Narrative, d. h. populäre bzw. allgemein verständliche und leicht wiedergebbare Erzählungen, Bilder sowie Interpretationen, beeinflusst. In Debatten über europäische Integration, Staatsschuldenkrise und Lösungen zur Bewältigung der Coronakrise – letztere hat die Sorge um die öffentlichen Finanzen sparsamer Staaten erneut angefangen – spielt die Erzählung von Europa als „Transferunion“ eine große Rolle. Dabei wird von einseitigen Zahlungen wirtschaftsstarker an wirtschaftsschwächere Länder ausgegangen. Eine Auswertung aller Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags zeigt, dass diese Erzählung sich seit Einführung des Euro ausgebreitet und ihren Höhepunkt mit der europäischen Staatsschuldenkrise 2010/11 erreicht hat. Sie ist jedoch ein Zerrbild, das Deutschland als Verlierer der europäischen Integration ansieht. Mit passenderen Bildern von Europa als „Stabilitätsunion“ oder „Risikogemeinschaft“ lassen sich die Vorteile derzeit diskutierter – oder bereits umgesetzter – Maßnahmen zur Stabilisierung der EU für alle Mitgliedsstaaten begründen.

JEL codes: F02, F33, F34, F36, F55, H87

Stichworte: Coronakrise; Eurobonds; Europäische Integration; Narrative Economics; Transferunion; Wiederaufbaufonds.

* Erscheint demnächst in der *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*.

[†] Korrespondierende Autor:innen: doris.neuberger@uni-rostock.de, edoardo.beretta@usi.ch. Wir danken dem Team des Forum New Economy sowie anonymen Gutachter:innen für hilfreiche Diskussionen und Anregungen.

1. EINLEITUNG: “NARRATIVE ECONOMICS” UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE RELEVANZ

Nicht zuletzt der Wirtschaftsnobelpreisträger *Robert J. Shiller* (2017, 2019, 2020) hat mit „Narrative Economics“ einen neuen Ansatz zum Verständnis ökonomischer Entwicklungen, vor allem in Krisenzeiten, etabliert. Er versteht darunter die Verbreitung und Dynamik sogenannter Narrative, d. h. populärer bzw. allgemein verständlicher und leicht wiedergebarere Erzählungen, Bilder und Interpretationen sowie deren Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Anhand historischer Beispiele und Daten argumentiert er, dass dadurch beispielsweise Finanzkrisen und wirtschaftliche Depressionen effektiver vorhergesagt und deren wirtschaftliche Schäden eingedämmt werden können. Ideen, die in der Öffentlichkeit in Form populärer Erzählungen verbreitet werden, können viral werden und Märkte bewegen – ob es nun der Glaube ist, dass Technologieaktien nur steigen können, Immobilienpreise niemals fallen oder einige Konzerne zu groß sind, um Insolvenz anzumelden. Ob wahr oder falsch, Geschichten wie diese – übertragen u. A. durch Nachrichten und soziale Medien – können wirtschaftliche Ereignisse fördern, die ihrerseits zu Krieg, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Ungleichheit führen. Öffentliche Diskussionen während der Weltwirtschaftskrisen 1929-1933 und 2007-2009 wurden von *Shiller* als wesentliche Krisenverstärker identifiziert.

So war z. B. das neue Narrativ des Börsensturzes am 28. Oktober 1929 aufgrund seiner Plötzlichkeit und Schwere besonders wirkungsvoll, indem es die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einen Zusammenbruch lenkte, wie es ihn in den USA noch nie gegeben hatte. Die Folge waren Rekordeinbrüche an einem Tag (*Shiller* 2017, S. 989). Die Ausbreitung von Erzählungen über Unternehmensinsolvenzen und Selbstmorde von Unternehmern waren in einer Zeit, in der ein großer Teil der Bevölkerung arbeitslos war, besonders stark. Zum Beispiel „[t]he worst days of the Great Depression, in 1932 and 1933, were haunted by scary narratives coming from Europe and Asia. [...] In the Soviet Union in 1932–1933, The Holodomor, the ethnic-Ukrainian version of the Holocaust, was raging in the form of a man-made famine—Stalin’s attempt to stifle dissent, which cost millions of lives“ (*Shiller* 2017, S. 993). In den USA enthielt die kommunistische Verschwörungserzählung aus den späten 1930er Jahren Anekdoten über zunehmend linksgerichtete Arbeitsgesetze, die die Wirtschaft lähmten (*Shiller* 2017, S. 993-994).

Für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-2009, „[t]he very name Great Recession could be interpreted as evidence of a narrative epidemic“. Führende Politiker beriefen sich auf Parallelen zur Großen Depression, um ihre Forderungen nach Konjunkturmaßnahmen zu rechtfertigen. Dies könnte zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung beigetragen haben (*Shiller*

2017, S. 996). Vor Krisenausbruch hatten sich die Narrative über die Gewinnerzielung von Unternehmen grundlegend geändert. Der neoklassische Grundgedanke, dass Unternehmen nach Gewinnmaximierung streben, wurde in die Forderung nach einer marktgerechten Mindesteigenkapitalrendite umgewandelt. Dies hatte wesentlich zu nicht nachhaltigem, von der Realwirtschaft abgekoppeltem Wachstum der Kapitalmärkte beigetragen (*Hecker, 2018*).

Zur 2020 ausgebrochenen Coronakrise hat *Shillers* Ansatz einen besonderen Bezug. Er vergleicht die Verbreitung ökonomischer Narrative mit der epidemischen Ausbreitung von Viren und greift dazu auf epidemiologische Modelle zurück. Auch wendet er ein in der Virologie etabliertes Modell an, das die Bevölkerung in die Gruppen der Empfänglichen, Infizierten und Genesenen einteilt und die Dynamik der Infektionen und Erkrankungen über eine Modellierung der Übergänge zwischen diesen Gruppen nachbildet[‡]. Nimmt man dieses Modell als Illustration, so scheint die langfristige Wirkung einer Idee weniger von ihrer Korrektheit, sondern vielmehr von der Relation zwischen Ansteckungs- und Genesungsrate (d. h. Vergessensrate) zu Anfang der Epidemie, die sie populär gemacht hat (*Shiller, 2017, S. 979*), zu zeugen. Überspitzt formuliert: was haften bleibt, ist nicht unbedingt der Realität entsprechend. Zudem scheint in der Coronakrise ein „Kampf der Narrative auf der Ebene der Politikberatung durch Virologen, Epidemiologen und Ökonomen einerseits und auf der Ebene der Anleger in den Finanzmärkten andererseits“ ausgebrochen zu sein. Die Erzählungen beziehen sich auf regionale Quarantänen, Lockdowns und „Exitstrategien“ (z. B. durch Stärkung des Gesundheitssektors). Auf den Finanzmärkten geht es darum, den Wechsel der Narrative auf der Ebene der Politik zu antizipieren, was Reaktionen der Aktienkurse auslöst. Die Marktpreise werden somit von dominanten Narrativen geprägt (*Mayer, 2020*).

Roos/Reccius (2021) geben einen Überblick über die ökonomische Literatur zu Narrativen und zeigen, dass der Begriff „Narrativ“ dort uneinheitlich definiert oder gebraucht wird. Sie schlagen den Begriff „kollektives ökonomisches Narrativ“ vor, definiert als sinngebende Geschichte über ein wirtschaftlich relevantes Thema, die von den Mitgliedern einer Gruppe geteilt wird, durch soziale Interaktion entsteht und sich ausbreitet sowie zum Handeln anregt. Mechanismen

[‡] So genanntes SIR-(Susceptibles-Infectives-Recovereds)-Modell. *Shiller* (2017) verwendet ein Modell, worauf u. A. das Robert-Koch-Institut zur Beschreibung der Ausbreitung der SARS-CoV-2-Epidemie in Deutschland zurückgreift, dort mit einer Erweiterung zum so genannten SEIR-Modell, das die Infizierten in latent Infizierte („exposed“ – infiziert, aber noch nicht infektiös) und symptomatisch Infektiöse („infectious“) unterteilt (*an der Heiden/Buchholz, 2020*). Der Bezug auf die SARS-CoV-2-Pandemie soll in diesem Zusammenhang vor allem Parallelen zur Verbreitung ökonomischer Narrative (d. h. dem Analyseobjekt des vorliegenden Beitrags) hervorheben.

und Auswirkungen ökonomischer Narrative sind schwierig zu erfassen und noch wenig erforscht. Zur Messung werden Textanalysen mit Wort- oder n-Gramm-Zählungen verwendet, die jedoch gewissen Einschränkungen unterliegen. Ein n-Gramm ist definiert als „a contiguous sequence of words in a text. Broadly speaking, ngram creates hundreds or thousands of variables, each recording how often the corresponding n-gram occurs in a given text“ (*Schonlau et al.*, 2017, S. 866). Der Ursprung eines Narrativs ist in der Regel schwer zu identifizieren, da es sich wie eine Epidemie zeitverzögert ausbreitet und zu dem Zeitpunkt, an dem es zum ersten Mal öffentlich wahrgenommen wird, die Ursachen bereits in weiter Ferne liegen (*Shiller*, 2017, S. 978).[§] Kontrollierte Experimente aus verschiedenen Bereichen zeigen zudem, dass Menschen besonders stark auf Erzählungen reagieren (*Shiller*, 2017, S. 968). Die Narrative Psychologie kann u. A. mit dem Konzept des Framings (*Kahneman/Tversky*, 2000; *Thaler*, 2015, 2016) erklären, warum Geschichten, die nacherzählt werden, einen Stand- oder Bezugspunkt etablieren, der Einfluss auf Entscheidungen hat (*Shiller*, 2017, S. 974). Neue Kommunikationswege wie soziale Medien scheinen sowohl die Ansteckungsraten von Narrativen als auch den Einfluss von nicht-faktischen Erzählungen erhöht zu haben. (*Smith et al.*, 2019). Dabei weisen nicht-faktische Erzählungen eine Korrelation mit Medienkompetenz und politischer Bildung auf (*Narr/Friedrich*, 2021). Aber auch in der Vergangenheit wurden Narrative ohne sachliche Grundlage weit verbreitet und geglaubt. Populäre Narrative haben oft einen Tenor von „wir gegen sie“, der das Böse der anderen in der Erzählung beschreibt. In extremen Fällen beinhalten sie Hinweise auf eine Art vermeintliche Verschwörung. Es gibt hasserzeugende Geschichten, die zum politischen Vorteil erstellt und gestaltet werden (*Shiller*, 2017, S. 968ff.). Einzelne narrative ökonomische Epidemien lassen sich auf ein Zusammenspiel von politischem Richtungswechsel, Erzählungen einzelner Ökonomen und der Verbreitung in den Medien zurückführen **.

[§] SARS-CoV-2 stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar (*Deutsche Welle*, 2022), wobei das Pandemierisiko für das Jahr 2020 sogar von The Global Risks Report 2020 des *World Economic Forum* (d. h. wenige Wochen vor Ausbruch der ersten Infektionswelle in Europa) nicht als solches eingestuft worden war. Man denke dabei beispielsweise auch an die Entdeckung von SARS-CoV-2, die offiziell auf das Jahr 2019 zurückgeht, aber deren pandemische Folgen erst in den folgenden Monaten ersichtlich geworden sind.

** Siehe beispielsweise die Erzählung der Laffer-Kurve, wonach fallende Steuersätze höhere Steuereinnahmen generieren würden („after-tax production would still exceed that of the barter economy. Production will start up, and revenues will flow into the government treasury. By lowering the tax rate, we find an increase in revenues“ (*Wanniski*, 1978, S. 5)). Deren starke Verbreitung nach Amtseinführung von Ronald Reagan als US-Präsident kann dadurch erklärt werden, dass sie als Rechtfertigung für große Steuersenkungen diente. Sie erwies sich jedoch

Als Beispiel sei im Folgenden das in Deutschland oft hervorgebrachte Narrativ „Europa entwickelt sich zu einer Transferunion“ oder kurz „Europa als Transferunion“ betrachtet, das insbesondere in der Debatte über die Finanzierung der Krisenbewältigung in der EU eine große Rolle spielt: Gemeinsame Anleihen wie Eurobonds oder sogenannte „Coronabonds“ wären ein „Einstieg in eine Transferunion, die wir ablehnen“ (*CDU/CSU*, 2020). Das Börsenlexikon (o. J.) setzt Eurobonds einer Transferunion gleich. Laut Presse biete die Coronakrise Italien und Frankreich die Chance, „lang gehegte Pläne zum Umbau der Euro-Zone in Richtung Transferunion endlich durchzusetzen“ (*Kaiser/Schiltz*, 2020). Auch Kritiker des am 12. Februar 2021 gegründeten EU-Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ warnten davor, „die EU zur Transferunion umzubauen“ (*ZEIT ONLINE*, 2020). Wenn die Mittel des Fonds von den Empfängern später nicht zurückgezahlt werden müssen, „werde die EU zur „Transferunion“, wo im großen Stil von Reich zu Arm umverteilt werde“ (*Finke/Kolb*, 2020).

Der vorliegende Beitrag analysiert die Verwendung des Narrativs „Europa als Transferunion“ in Wissenschaft und Politik und identifiziert dieses Narrativ als Zerrbild. Zur Messung seines Gebrauchs in relevanten politischen Debatten werden Protokolle des Deutschen Bundestags ausgezählt und mithilfe von Zitaten ausgewertet. Eine Auswertung aller Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags seit 1949 zeigt, dass die Erzählung einer europäischen Transferunion ihren Höhepunkt zu Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise 2010/11 erreichte. Im 19. Deutschen Bundestag wurde das Narrativ am häufigsten von Abgeordneten der AfD verwendet. Passendere Erzählungen wie Europa als Finanzausgleichssystem, Fiskalunion, Risikogemeinschaft oder Stabilitätsunion spielen eine untergeordnete Rolle.

Der Rest des Beitrags ist folgendermaßen aufgebaut. Sektion II behandelt das Narrativ von Europa als „Transferunion“ und zeigt dessen Entwicklung in Literatur und Bundestagsdebatten auf. In Sektion III werden potenziell passendere Narrative formuliert und deren Entwicklung in Bundestagsdebatten untersucht. Sektion IV geht der Frage nach, inwiefern die Europäischen Stabilisierungsmaßnahmen in der Corona-Krise als Schritt zur Transferunion interpretiert werden können. Sektion V analysiert den Begriff „Transferunion“ mit der Saldenmechanik der doppelten Buchhaltung. Sektion VI beleuchtet in einem Fazit mögliche Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik und zeigt weiteren Forschungsbedarf auf.

ebenso wie die damit verbundene Erzählung des „Trickle down“ – Gewinne der Reichen würden in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern – als falsch (*Shiller*, 2017, S. 979ff.; *Komlos/Schubert*, 2020).

2. DAS NARRATIV VON EUROPA ALS “TRANSFERUNION”

Der Begriff „Transferunion“ wird zumeist als unbegrenzte und dauerhafte Umverteilung öffentlicher Gelder zwischen Staaten, Bundesländern oder Gemeinden verstanden und ist damit negativ konnotiert. „Transferunion“ impliziert ein Bündnis zwischen Entitäten des öffentlichen Rechts, das entweder zum Zwecke der systematischen (d. h. nicht nur sporadischen) Umverteilung öffentlicher Geldressourcen entstanden ist oder dem zumindest solche Transfermechanismen inne liegen („systematic transfers of resources from the more prosperous states in the currency union to the poorer ones. It’s called a transfer union“ (*Fidler, 2011*)). Bezogen auf die EU wird ein Bild gezeichnet, wonach einige wirtschaftsstarke Mitgliedstaaten im Norden dauerhaft große Summen an (reformunwillige) ärmere Mitgliedstaaten im Süden zahlen (*Becker, 2018, S. 5ff.*). Es wird also nahegelegt, dass „der Norden den Süden wird aushalten müssen“ (*Sinn, 2018a*). Eine Transferunion wird in Deutschland oft höchst emotional als Verstoß gegen die Grundsätze soliden Geldes und in Zusammenhang mit Moral Hazard^{††} gesehen. Sie ruft die Vision hervor, dass das Geld der deutschen Steuerzahler zur Stützung der Wirtschaft von Staaten verwendet wird, die ihrerseits eine undisziplinierte Politik betreiben (*Bulmer/Paterson, 2018, S. 187*). Wie von *Zeitler (2014)* zusammengefasst, „a ‚transfer union‘ [...] would lead to dramatic effects of moral hazard“: in Sachen Staatsfinanzen könnten weniger sparsame Nationen ihre öffentlichen Geldausgaben ankurbeln, während öffentlich sparsamere Nachbarländer ihre Überschüsse automatisch (d. h. über die in einer Transferunion bestehenden Transfermechanismen) an die erste Ländergruppe überweisen würden. Während das Schlagwort „Transferunion“ allein noch kein Narrativ ausmacht, verbirgt sich dahinter die für einzelne Gruppen mehr oder weniger sinngebende Geschichte „Europa entwickelt sich zu einer Transferunion“, die je nach Einstellung oder „belief system“ zu unterschiedlichem Handeln anregt. Dies entspricht eindeutig der Definition eines kollektiven ökonomischen Narrativs nach *Roos/Reccius (2021)*.

Entwicklung des Narrativs in der Literatur

Der Ursprung der Erzählung über eine europäische Transferunion ist schwer auszumachen. Eine Auszählung mit Google Books Ngram Viewer zeigt, dass der Begriff „Transferunion“ in

^{††} Der dabei häufig verwendete Begriff „Moral Hazard“ stammt aus der Theorie der Versicherungswirtschaft und beschreibt das Problem, dass Versicherungsschutz die abgesicherten Akteure dazu verleiten kann, höhere Risiken einzugehen (*Arrow, 1963, S. 961ff.*). Um dies zu verhindern, müssen entsprechende Anreize (z. B. Selbstbehalte) vereinbart werden, die dafür sorgen, dass sich Versicherte nach wie vor risikobewusst verhalten.

deutschsprachigen Büchern erst in den 1990er Jahren auftrat (Abbildung 1). Die frühesten Suchergebnisse in Google Books finden sich 1993 bei dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer („Nach dem Delors-II-Paket und dem vorgesehenen Kohäsionsfonds befürchten nicht wenige Kritiker, die künftige Währungsunion könne vor allem zu einer großzügigen „Transferunion“ werden“ (Tietmeyer, 1993, S. 33; Kirchhof et al., 1993, S. 47)) und bei Bruno Bandulet („einer europäischen „Transferunion“, die die Währungsunion begleiten werde – vergleichbar mit den jüngsten Erfahrungen nach der deutschen Währungsunion. Wer dann zahlen wird, gilt in den europäischen Hauptstädten schon als ausgemachte Sache: die Deutschen nämlich“ (Bandulet, 1993)). Die erste Ausbreitung des Schlagworts erreichte ihren Höhepunkt 1998, ein Jahr vor der Einführung des Euro. Der absolute Höhepunkt wurde 2013 erreicht, als sich Europa in der Staatsschuldenkrise befand (Abbildung 1).

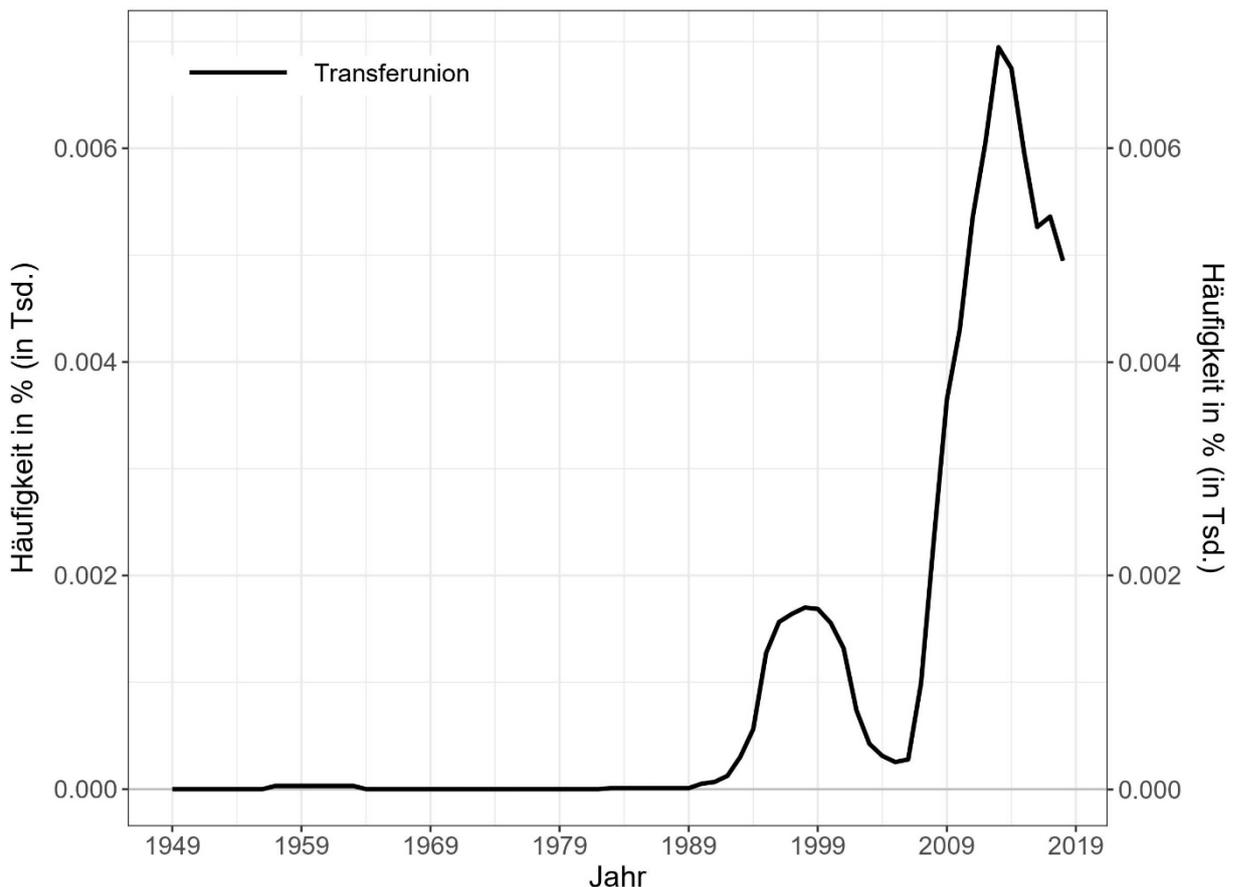


Abbildung 1: Häufigkeit des Begriffs „Transferunion“ in deutschsprachigen Büchern (1949-2019).

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Google (2019).

In der ökonomischen Literatur findet sich der Begriff „Transferunion“ besonders häufig in Beiträgen von Hans-Werner Sinn. Deutschland habe im Rahmen der Wiedervereinigung schlechte Erfahrungen mit Transfers von den Alten Bundesländern an die weniger produktiven Neuen

Bundesländer gemacht, ähnlich wie Italien mit Transfers von den nördlichen an die weniger produktiven südlichen Regionen. Ostdeutschland und Süditalien seien sogenannte „Transferökonomien“, die bei weitem mehr konsumierten als produzierten (*Sinn/Westermann, 2000; Sinn, 2004; Westermann, 2018, S. 55*). Dass es zwischen Regionen derselben Nation ein gewisses Produktivitätsgefälle geben mag, ist natürlich klar. In beiden genannten Fällen handelte es sich überwiegend um Transfers über das Sozialversicherungssystem, in Deutschland durch Integration der Neuen Bundesländer in die bestehenden Gesundheits-, Renten- und Arbeitslosenversicherungssysteme. Darüber hinaus fand durch den Solidarpakt Ost ein zusätzlicher Finanztransfer zwischen den Ländern statt. Die Sozialtransfers würden in den Neuen Bundesländern wie im italienischen „Mezzogiorno“ verschiedene Arten der Untätigkeit – von der Pensionierung über Krankheit und Arbeitslosigkeit bis hin zu Faulheit – finanzieren und damit den wirtschaftlichen Aufholprozess verhindern (*Sinn/Westermann, 2000, S. 24*). Europa sollte daraus lernen: „With a European transfer union on the cards, we can learn a lot from Germany’s reunification – a transfer union of sorts” (*Sinn/Sinn, 2015*). Oder auch noch: „Wie man es auch dreht und wendet, die Fiskalunion führt Europa bestenfalls entweder in die Inflation oder in die Transferunion, und bei keinem dieser beiden Wege werden die Gläubigerstaaten, allen voran Deutschland, die Möglichkeit haben, ihre im Ausland angelegten Ersparnisse zu retten“ (*Sinn, 2012a, S. 162*).

Deutschland sei ein Verlierer der Europäischen Währungsunion, da es durch die Umverteilung der Seigniorage-Gewinne (*Sinn/Feist, 1997*) und durch das Zahlungsverkehrssystem des Europäischen Systems der Zentralbanken (TARGET2)^{‡‡} Transfers an andere Mitgliedsstaaten zahlen müsse (*Sinn, 2012b, 2018b, 2018c*). So würde ein Zerschlagen der Eurozone einen Vollverlust der deutschen Forderungen aus diesem System bedeuten. Der Euroaustritt sei deshalb für die Krisenländer „ein glaubhaftes Drohpotenzial für das Erstreiten einer europäischen Transferunion [...] Entweder rücken die nördlichen Länder das Geld freiwillig heraus, oder man holt es sich, indem man eine Krise nebst Kapitalflucht und Notenbankkonkurs provoziert“ (*Sinn, 2018c, S. 35*). Diese Erzählung einer „TARGET-Falle“ für Deutschland durch das Zahlungsverkehrssystem der Eurozone erweist sich bei näherer wissenschaftlicher Betrachtung als „Em-

^{‡‡} TARGET2, nämlich das Transeuropäische automatisierte Echtzeit-Brutto-Express-Zahlungssystem 2, „ist ein System, über das Geld von einer Bank zur anderen fließt, sowohl innerhalb von Ländern als auch über Grenzen hinweg. Zentral- und Geschäftsbanken nutzen es, um Zahlungen in Euro abzuwickeln und um sicher und unkompliziert untereinander Geld zu transferieren. Dies ist für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich“ (*Europäische Zentralbank, 2020*).

pörungsfälle“ und erschwert einen rationalen Diskurs (*Hellwig, 2018*). Tatsächlich könnten Risiken für einzelne Euro-Mitgliedstaaten aus TARGET2 nur in dem Fall entstehen, in dem ein Land die Währungsunion verlässt und seine Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht vollständig erfüllen kann. Die daraus entstehenden potenziellen Verluste würden in diesem Fall aber – unabhängig von deren Salden (Forderungen oder Verbindlichkeiten) gegenüber der EZB (*Deutsche Bundesbank, 2017, S. 34*) – auf alle verbleibenden nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufgeteilt werden^{§§}. Die TARGET2-Salden, aus denen die Transfers abgeleitet werden, sind damit irrelevant für mögliche Gewinne oder Verluste eines Landes aus der Europäischen Währungsunion.

Entwicklung des Narrativs in Bundestagsdebatten

In politische Debatten hat die Erzählung, Europa entwickle sich zu einer Transferunion, bereits mit Diskussionen über die Einführung einer Europäischen Währungsunion Eingang gehalten. Eine Auswertung aller Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags seit 1949 (Abbildung 2) zeigt eine ähnliche Entwicklung der Verwendung dieses Schlagworts wie die Auszählung mit dem Google Books Ngram Viewer (Abbildung 1).

„Transferunion“ wurde im Bundestag erstmals 1997/98 genannt. Beispielsweise am 23. April 1998 in einer Debatte zur Einführung des Euro durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wer heute etwa überstürzt hohe, europaweite Standards im Sozialbereich fordert, der muß mir die Antwort geben, wie er das mit der These verbindet, daß die Transferunion abzulehnen sei. Er provoziert sie mit einer solchen These geradezu“ (*Deutscher Bundestag, 1998, S. 21055*), und durch den damaligen Bundesminister Theodor Waigel: „Eine Sozial-, Lohn- und Steuerunion würde die Entwicklung zur Transferunion vorprogrammieren. [...] Sie wäre das Gegenteil von dem, was wir wollen“ (*Deutscher Bundestag, 1998, S. 21032*).

^{§§} Gemäß ihren Kapitalanteilen an der EZB, wobei die Deutsche Bundesbank mit 21,4% den höchsten und die Zentralbank von Zypern mit 0,2% den kleinsten aufweist (*Europäische Zentralbank, 2022b*).

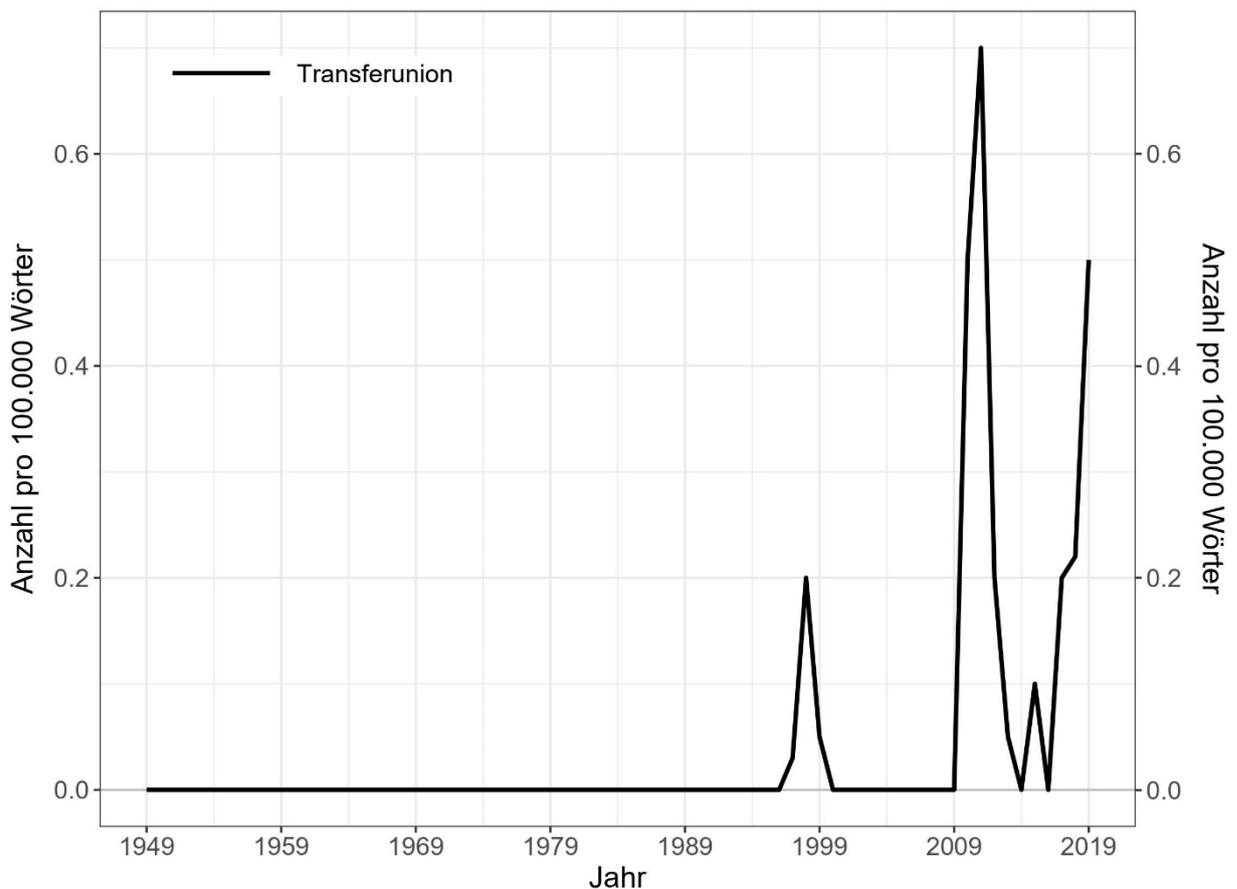


Abbildung 2: Häufigkeit des Begriffs „Transferunion“ in Bundestagsdebatten.

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage aller 4.216 Plenarprotokolle des *Deutschen Bundestages* (2019) und von *ZEIT ONLINE* (2019).

Tabelle 4 im Anhang zeigt, dass „Transferunion“ in den Bundestagsdebatten von 1949 bis 26. Oktober 2021 (Ende des 19. Deutschen Bundestags) insgesamt 180 Mal genannt wurde, dabei am häufigsten von der CDU/CSU (44% der Fälle) und am zweithäufigsten von der FDP (28% der Fälle). Im 19. Deutschen Bundestag (21. Oktober 2017 – 26. Oktober 2021) liegt jedoch die AfD mit 34% der Nennungen an der Spitze, gefolgt von der FDP mit 20%. Dabei wurde nicht zwischen einem positiven oder negativen Ton der jeweiligen Nennung oder auch geäußelter Kritik an dem Schlagwort unterschieden. Seit der europäischen Staatsschuldenkrise 2010/11 wird der Begriff jedoch verstärkt mit der Konnotation verwendet, Deutschland sei der Zahlmeister und müsse die „Zeche“ kriselnder EU-Staaten übernehmen. So beispielsweise eine Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU in einer Bundestagsdebatte über die Beteiligung Deutschlands an Krediten der Euroländer für Griechenland zur Überwindung der griechischen Finanzkrise und Stabilisierung des Euro: „Die Währungsunion droht so zu einer Schulden- und Transferunion zu verkommen, die die Kraft der leistungsstarken Länder aushöhlt“ (*Deutscher*

Bundestag, 2010a, S. 4097). Tatsächlich hat das beschlossene Kreditpaket, auch „Griechenland-Hilfe“ genannt, zu keinen einseitigen Transfers Deutschlands an Griechenland geführt. Griechenland muss hingegen die erhaltenen Kredite zuzüglich Zinsen zurückzahlen^{***}. Der Bund übernahm eine Garantie, die jedoch bisher nichts kostete, da die Kredite nicht ausgefallen sind. Als Gegenleistung musste sich die griechische Regierung zu einschneidenden Spar- und Reformmaßnahmen verpflichten, darunter eine deutliche Kürzung von Sozialleistungen und Steuererhöhungen. Das Verfahren, damit Griechenland an solche Kreditleistungen hat kommen können, entsprach dabei dem üblichen bei Transfers vonseiten des Internationalen Währungsfonds: eine Absichtserklärung („letter of intent“) und Konditionalitäten („conditionalities“) nach dem Washington-Konsens wurden vereinbart. Wie von der Bundesregierung auf Anfrage bestätigt hat Deutschland seit 2010 massiv von diesen und weiteren Griechenland-Krediten durch Zinsgewinne profitiert (*ZEIT ONLINE*, 2018).

Da sich die Eurokrise nicht auf Griechenland beschränkte und die Zahlungsunfähigkeit eines EU-Staates die Finanzstabilität der gesamten Eurozone gefährdet hat, sind auf EU-Ebene weitere Hilfsprogramme aufgelegt worden: 2010 zunächst ein befristeter Euro-Schutzschirm (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)), der 2012 durch den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst worden ist (*Die Bundesregierung*, o. J.). Diese Hilfspakete ermöglichen Notkredite und Bürgschaften (auch als „Haftungsgarantien“ bezeichnet) an überschuldete Euro-Mitgliedstaaten ebenfalls unter Einhaltung strenger wirtschaftspolitischer Auflagen. Zur Finanzierung der Kredithilfen nimmt der ESM selbst Mittel durch die Begebung von Anleihen an den Kapitalmärkten auf, was zuvor auch dem EFSM möglich war. In einer Bundestagsdebatte über die Umsetzung des EFSM in deutsches Recht wendete ein Bundestagsabgeordneter der FDP ein: „Die Europäische Union hat mit dem vereinbarten Rettungsschirm das Tor zur Transferunion aufgestoßen. Anders als bei der zuvor beschlossenen Griechenland-Hilfe wird mit der Verordnung zur Aufnahme von Gemeinschaftsanleihen [...] die Übernahme von Risiken institutionalisiert. [...] Die institutionellen Veränderungen bedeuten einen irreversiblen Schritt hin zur Transferunion, bei der die Steuerzahler der stabilitätsorientierten Länder automatisch für die Disziplinlosigkeit und Verschwendungssucht der anderen haften“ (*Deutscher Bundestag*, 2010b, S. 4497ff.).

^{***} So hatte Griechenland 2014 etwa 400 Millionen Euro Zinsen an die anderen Eurostaaten für bilaterale Kredite bezahlt. Solche Darlehen haben eine Laufzeit von 30 Jahren und müssen ab 2020 getilgt werden (Rose, 2021).

Wie aber vom *Bundesfinanzministerium* (2022b) mit Bezug auf den ESM bestätigt „gilt das Prinzip: Solidarität für Solidität, d. h. Hilfe nur gegen entsprechende Eigenanstrengungen des betroffenen Landes. Ausschließlich unter dieser Bedingung erhält das betroffene Land Finanzhilfen, die selbstverständlich verzinst zurückzuzahlen sind und deshalb keine Transfers darstellen“. Das Risiko eines Zahlungsausfalls wird zwischen allen Euro-Staaten geteilt, wobei jedes Land nur für seinen Anteil am Kapital des ESM haftet (Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Top-10 der Länder in Sachen Anteil am ESM-Kapital, in Prozentpunkten.

Prozentanteil am ESM-Kapital (%)	
1.	Deutschland 26,90
2.	Frankreich 20,20
3.	Italien 17,75
4.	Spanien 11,80
5.	Niederlande 5,67
6.	Belgien 3,45
7.	Griechenland 2,79
8.	Österreich 2,76
9.	Portugal 2,49
10.	Finland 1,78

Quelle: *European Stability Mechanism* (2022)

ESM-Anleihen sind damit keine Eurobonds mit gesamtschuldnerischer Haftung (*Bundesfinanzministerium*, 2022b). Dennoch wird in manch einem Wahlprogramm die Erzählung von Europa als Transferunion verwendet: Deutschland müsse „die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen“ (*Deutscher Bundestag*, 2017, S. 115). Ein Bundestagsabgeordneter der AfD zu Olaf Scholz (SPD): „Sie sagten [...] der Begriff der Transferunion sei ein politischer, inhaltsfreier Kampfbegriff. Nein, das ist die täglich milliardenschwere Realität in EU-ropa“ (*Deutscher Bundestag*, 2018b, S. 1958). In einer Bundestagsdebatte auf Antrag der AfD über „Einhaltung des Verfassungs- und EU-Vertragsrechts bei der Euro-Stabilisierung sowie bei den Vorschlägen für eine Fiskalunion und für einen EU-Finanzminister“ verweist die CDU/CSU auf „ein wunderschönes Buch von Professor Sinn, das haben Sie bestimmt alle gelesen: „Die Target-Falle““ (*Deutscher Bundestag*, 2017, S. 120). In einer Debatte auf Antrag der AfD über „Target-Forderungen unabhängig vom Fortbestand des Euros besichern“ wurde „Transferunion“ zudem sechs Mal genannt (*Deutscher Bundestag*, 2019b). Wie man aus der nachstehenden Analyse (z. B. der Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags, der schon wegen des Parteiensystems die verschiedenen Auffassungen der Bevölkerung zum Thema repräsentiert)

entnehmen kann, hat das Schlagwort „Transferunion“ eindeutig für eine Polarisierung der wirtschaftspolitischen Debatte gesorgt. Diesbezüglich lässt sich hinzufügen, dass „[r]egional redistribution itself is under attack in some countries, such as Italy and Germany [...]. In the United States, similar concerns over local economic competitiveness, allied to cultural differences, have generated the regional polarization between the main political parties“ (Agnew, 2019, S. 6).

3. WIRTSCHAFTSPOLITISCH PASSENDERE ERZÄHLUNGEN

Finanzausgleich

Ein neutraler Begriff für die Umverteilung öffentlicher Gelder zwischen Staaten, Bundesländern oder Gemeinden ist „Finanzausgleich“. Das im deutschen Grundgesetz verankerte System des Länderfinanzausgleichs hat die Aufgabe, aus der Steuerverteilung resultierende Finanzkraftunterschiede zwischen den Bundesländern angemessen auszugleichen, sodass alle Länder den ihnen zugewiesenen Aufgaben nachkommen können (Bundesfinanzministerium, 2022a). Analog dazu ist der EU-Finanzausgleich in den europäischen Verträgen verankert: Die EU fördert „den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ (Art. 3 Vertrag über die Europäische Union, EUV) und setzt sich „insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“ (Art. 174 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV). Die Wirkung des Ausgleichs zwischen EU-Mitgliedern ist nicht auf nationale Grenzen beschränkt, da zum Beispiel ein Teil der geschaffenen Nachfrage zurück in die Nettozahlerländer fließt (Bundeszentrale für politische Bildung, 2022). Ein Finanzausgleich ist keine reine „Umverteilungsunion“, wie es das Wort Transferunion suggeriert. Er ist an staatliche Aufgaben und öffentliche Leistungen in einer föderalen Staatsorganisation gekoppelt und verfolgt die drei fundamentalen Ziele eines öffentlichen Haushalts – Allokation, Redistribution und Stabilisierung (Becker, 2018, S. 11 ff.). Zudem verweist der Begriff „Transfer“ zu stark auf Einseitigkeit – der *Internationale Währungsfonds* (2003, S. xxi) erinnert mit Bezug auf die Zahlungsbilanz daran, dass „[w]hen items are given away rather than exchanged, or when a recording is one-sided for other reasons, special types of entries – referred to as transfers – are made as the required offsets“ –, während bei „Austausch“ auch die Gegenseitigkeit der Transaktion heraussteht. Die Erzählung von Europa als Entwicklung zur Transferunion übersieht, dass die Stabilisierung der EU auch im deutschen Interesse ist und Deutschland von den regelmäßigen Investitionen in den EU-Haushalt profitiert (Europäische Kommission, 2019). Die ausschließliche Betrachtung der jeweiligen Nettozahler-

oder -empfängerposition greift zu kurz, da sie Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft ausblendet, die sich zum Beispiel durch politische Stabilität und Sicherheit, freien Personenverkehr, Binnenmarkt oder den Euro ergeben (*Bundeszentrale für politische Bildung, 2022*).

Fiskalunion

Eine europäische Fiskalunion würde eine automatische Stabilisierung der Mitgliedsstaaten durch Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Finanzpolitik bedeuten. Nach der Theorie des Optimalen Währungsraumes ist eine Währungsunion ohne Fiskalunion unvollkommen. Eine Währungsunion, die auf Dauer für alle Mitgliedsstaaten von Vorteil ist, erfordert ausreichende Ausgleichsmechanismen gegen asymmetrische Schocks, d. h. exogene Ereignisse, von denen die einzelnen Länder unterschiedlich betroffen sind (*De Grauwe, 2016, Kapitel 1*). Der EU-Haushalt ist bisher zu klein, um solche Schocks abfedern zu können (*Becker, 2018, S. 18; Bénassy-Quéré et al., 2020*). Um die Europäische Währungsunion zu vervollkommen, wäre die Einrichtung eines Eurofinanzministeriums notwendig, welches Eurobonds emittiert, deren Ankauf von der EZB garantiert wird (*Cruz-Hidalgo et al., 2019*). Der Vorschlag Emmanuel Macrons, einen europäischen Finanzminister mit einem eigenen Eurohaushalt einzurichten, wurde dann als „Transferunion à la Macron“ (*Fischer, 2017*) bezeichnet. Ein Bundestagsabgeordneter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem der CDU/CSU: „Hören Sie endlich auf, Macrons Vorschläge immer als Transferunion zu diffamieren!“ (*Deutscher Bundestag, 2018a, S. 1836*).

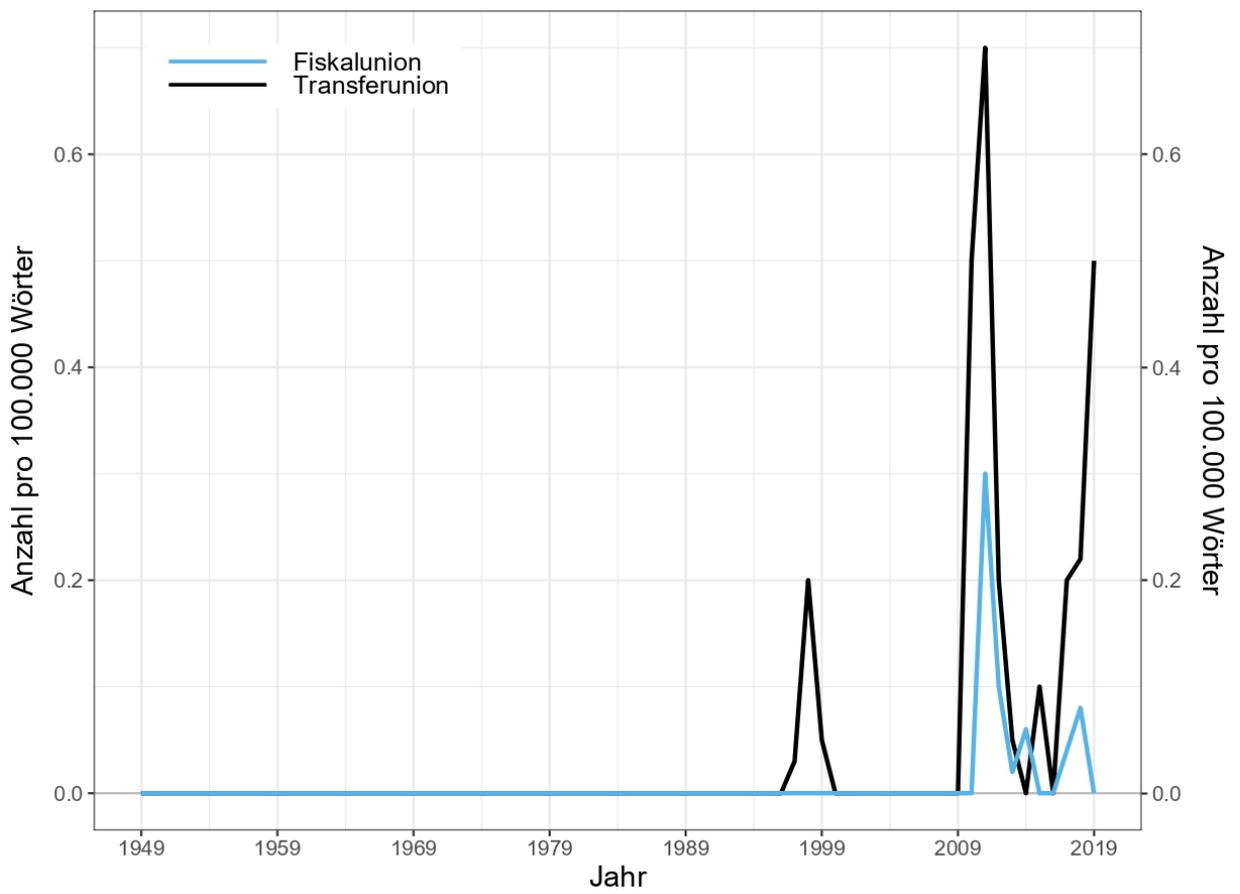
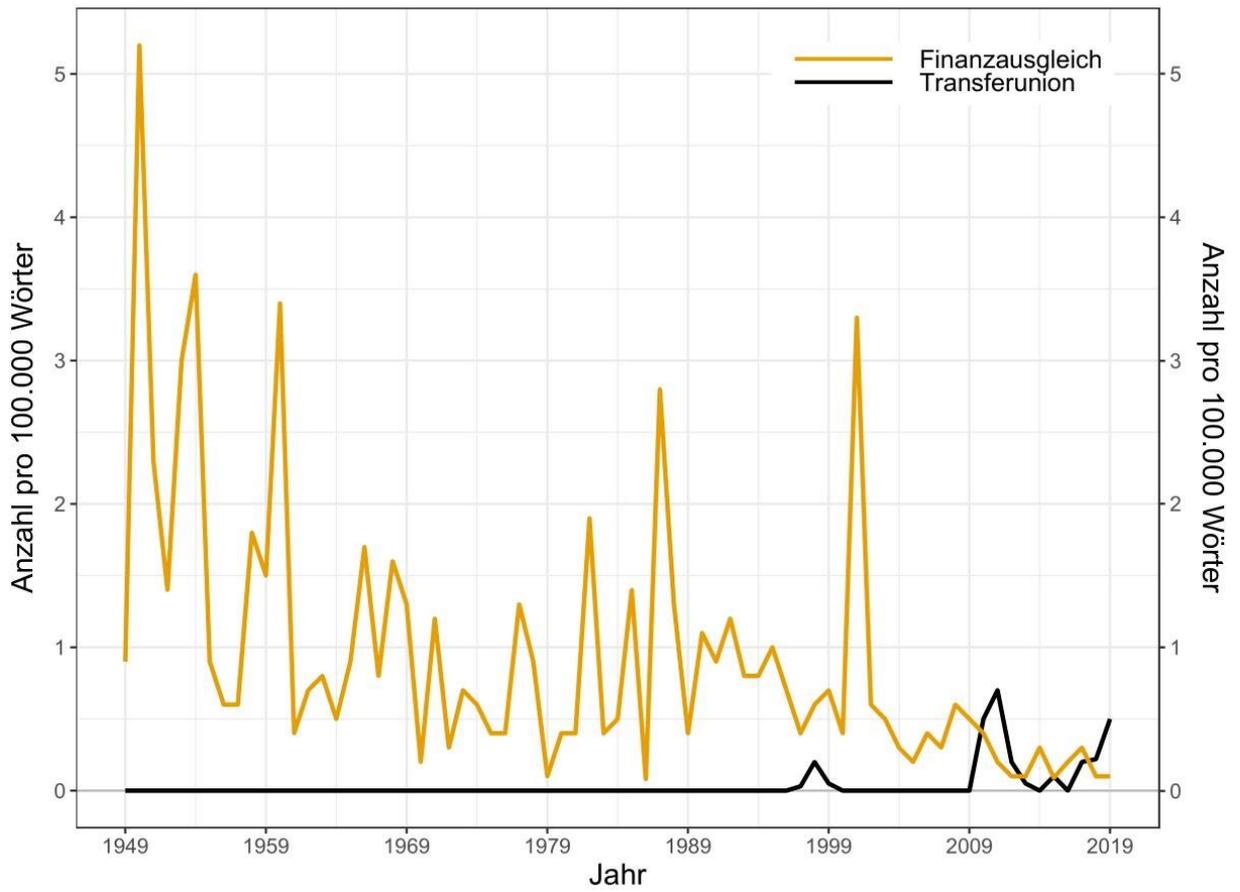
Stabilitätsunion oder Risikogemeinschaft

Wie bereits erwähnt dienen die zur Bewältigung der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise eingerichteten Schutzschirme der Stabilisierung der Europäischen Währungsunion insgesamt. Jedes Mitgliedsland kann die Kredithilfen in Anspruch nehmen, wenn seine Zahlungsunfähigkeit droht, zum Zusammenbruch der gesamten Währungsunion zu führen. Passende Bilder dafür sind Europa als Stabilitätsunion oder Risikogemeinschaft. Wie bei einer Versicherung werden die Risiken im Kollektiv geteilt (*Schelkle, 2017*). So stellte Sonja Amalie Steffen (SPD) klar, dass eine Währungsunion eben keine reine Transfer-, sondern eine Versicherungsunion sei, in der alle Staaten füreinander einstünden und mögliche Verluste teilen würden (*Deutscher Bundestag, 2019b, S. 11344ff.*). Instrumente der Risikostreuung, -teilung oder Versicherung ermöglichen ganzen Wirtschaftsräumen, exogene Schocks abzufedern und sonst untragbare Risiken einzugehen.

Eine Stabilisierung der Europäischen Währungsunion erfolgt auch über Integration von Kapitalmärkten, geldpolitische Maßnahmen der EZB und Zahlungsverkehrssysteme wie das TARGET2. Durch das TARGET2-System als Ganzes konnten finanzielle Risiken im Euroraum reduziert werden, was sowohl dem deutschen Staat als auch Privatanlegern zu Gute kam (*Fratzscher et al.*, 2013). Vor allem deutsche Banken konnten damit Verluste vermeiden (*Franz/Fratzscher*, 2018). Deutschland ist folglich Nutznießer des TARGET2-Systems. Die Ankaufprogramme der EZB dämpfen schädliche Spekulationen gegen einzelne Euro-Mitgliedsstaaten ein. In der unvollkommenen Europäischen Währungsunion führen asymmetrische Schocks zu divergierenden Zinsen und Kapitalmarktdynamiken hin zu sich selbst erfüllenden Schuldenkrisen (*De Grauwe*, 2016). Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB erhöht die Anleihekurse und treibt die Zinssätze nach unten, sodass Staaten zusätzliche Finanzmittel zu einem niedrigeren Preis aufnehmen können.

Entwicklung der Narrative in Bundestagsdebatten

Abbildung 3 vergleicht die Häufigkeit der Begriffe „Transferunion“, „Finanzausgleich“, „Fiskalunion“, „Stabilitätsunion“ und „Risikogemeinschaft“ in den Bundestagsdebatten über die Zeit. Seit der europäischen Staatsschuldenkrise 2010 dominiert das Schlagwort „Transferunion“ gegenüber „Finanzausgleich“ und „Fiskalunion“, seit 2017 auch gegenüber „Stabilitätsunion“, mit zuletzt steigender Tendenz.



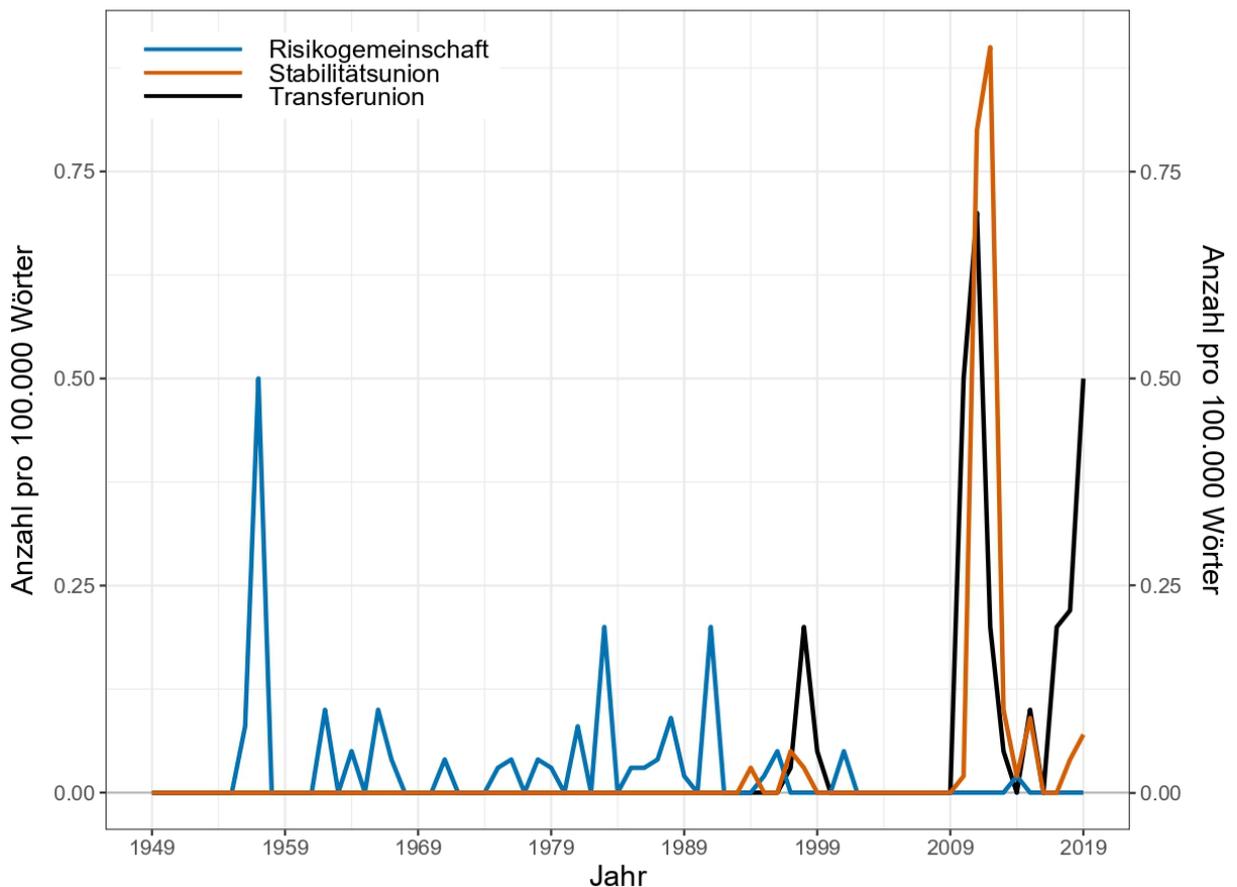


Abbildung 3: Häufigkeit der Begriffe „Transferunion“, „Finanzausgleich“, „Fiskalunion“, „Risikogemeinschaft“ und „Stabilitätsunion“ in Bundestagsdebatten.

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage aller 4.216 Plenarprotokolle des *Deutschen Bundestages* (2019) und von *ZEIT ONLINE* (2019).

Der Begriff „Risikogemeinschaft“ spielt seit Einführung des Euro (zumindest bis Juli 2019) keine Rolle.

4. EUROPÄISCHE STABILISIERUNGSMABNAHMEN IN DER CORONA-KRISE: SCHRITT ZUR “TRANSFERUNION”?

Die Coronakrise hat umso deutlicher gemacht, dass die bisherigen Maßnahmen zur Risikoteilung in der Europäischen Währungsunion nicht ausreichen. Die Pandemie betrifft zwar alle Länder, entwickelt sich aber dadurch zu einem asymmetrischen Schock, dass einige Länder stärker betroffen sind als andere (Tabelle 2).

Tabelle 2: Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Bruttoinlandsprodukt ausgewählter europäischer Länder, in Prozentpunkten.

	2020
Deutschland	-4,6
Europäische Union (EU)	-6,0
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)	-6,4
Frankreich	-7,9
Griechenland	-9,0
Italien	-8,9
Portugal	-8,4
Spanien	-10,8

Quelle: *The World Bank* (2022b)

Die EU-Mitgliedstaaten unterliegen zudem ungleichen Ausgangsbedingungen, wenn sie große Beträge auf den Kapitalmärkten aufnehmen müssen, um Krisen auf nationaler Ebene einzudämmen (*Bénassy-Quéré et al.*, 2020). Im Mai 2020 wurde daher eine befristete europäische Arbeitslosenrückversicherung (genannt SURE) beschlossen. Dieses Instrument stellt EU-Mitgliedsstaaten Darlehen zur Minderung krisenbedingter Arbeitslosigkeitsrisiken zu günstigen Bedingungen zur Verfügung (Rat der EU 2020). Vor der Coronakrise wurde eine europäische Arbeitslosenrückversicherung mit dem Schlagwort „Transferunion“ abgelehnt. So Johannes Kahrs (SPD): „Erfreulicher ist da schon der Antrag der Grünen, die den Vorschlag von Olaf Scholz und der SPD-Fraktion unterstützen, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung einzuführen. FDP und AfD schreien dann immer gleich „Transferunion!“ – und einige Kolleginnen und Kollegen der CDU und CSU nicken dazu –, aber fachlich ist das völliger Humbug. Die Grünen beschreiben das korrekt: Eine „Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen [...] wirkt als Notfallinstrument zur sozialen Absicherung, wenn in Krisenzeiten Arbeitslosenversicherungssysteme einzelner Mitgliedstaaten überfordert sind““ (*Deutscher Bundestag*, 2019a, S. 10263).

Der im Februar 2021 eingerichtete Europäische Aufbauplan „NextGenerationEU“ (*Europäische Kommission*, 2021) geht über einen Finanzausgleich zwischen souveränen Staaten hinaus. Er beinhaltet verschiedene Aufbau- und Stabilisierungsinstrumente, zu deren Finanzierung die EU Mittel an den Kapitalmärkten aufnehmen kann. Die Gelder für die so genannte Aufbau- und Resilienzfazilität werden zu etwas mehr als der Hälfte (53,5%) als Darlehen und zum anderen Teil als (nicht zurückzahlbare) Zuschüsse an die Mitgliedstaaten vergeben. Die Finanzierung erfolgt durch Ausgabe von EU-Anleihen auf den Kapitalmärkten von insgesamt bis zu 750 Mrd.

EUR (in Preisen von 2018). Neu ist dabei nicht die gemeinsame europäische Staatsverschuldung, sondern das relativ hohe Volumen^{†††} und die Möglichkeit, damit den Haushalt einzelner Mitgliedstaaten direkt zu finanzieren. Die Darlehen werden von den kreditnehmenden Mitgliedsstaaten zurückgezahlt, die Zuschüsse dagegen gemeinsam aus dem EU-Haushalt. Dabei liegt jedoch keine gesamtschuldnerische Haftung vor, „da jeder Staat weiterhin lediglich in etwa gemäß seinem Anteil am EU-BIP zu seinen Beitragszahlungen in den EU-Haushalt verpflichtet ist, aus dem die Neuverschuldung der EU bedient wird“ (*Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, 2020, S. 174).

Diese EU-Anleihen entsprechen den von führenden Ökonomen zur Bewältigung der Coronakrise geforderten Eurobonds (*Hüther et al.*, 2020; *Pena et al.*, 2020). Bis dahin wurden Eurobonds häufig mit dem Schlagwort „Transferunion“ abgelehnt. Angela Merkel dazu: „Soll die Wirtschafts- und Währungsunion eine Transferunion mit Euro-Bonds und Ähnlichem werden oder eine Stabilitäts- und Wachstumsunion mit Solidarität und Eigenverantwortung, Leistung und Gegenleistung?“ (*Deutscher Bundestag*, 2015, S. 10957). Dies übersieht, dass Eurobonds gerade dem Bild von Europa als Stabilitätsunion entsprechen, indem sie ein Versicherungsinstrument gegen exogene Schocks darstellen (*Neuberger*, 2020a). Durch die gemeinschaftliche Kreditaufnahme zahlen alle Länder den gleichen Zins, der sich am durchschnittlichen erwarteten Ausfallrisiko orientiert. Je größer die Anzahl der beteiligten Länder mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, desto stärker kann der Zins für Länder, die sich überdurchschnittlich stark verschulden müssen, durch die Risikoteilung gesenkt werden. Da direkt kein Geld transferiert wird, ist die Interpretation der Zinsdifferenz zu Bundesanleihen^{†††} als Transfers von Deutschland an andere EU-Länder ein Zerrbild. Über die Zeit können alle Beteiligten

^{†††} Das geplante Volumen der gemeinsamen Staatsverschuldung ist mit etwas mehr als 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Europäischen Union gering. Ausgehend vom regulären Haushalt der EU von 1% des BIP pro Jahr ist dies jedoch eine erhebliche Steigerung (*Piketty*, 2020).

^{†††} Länder mit höherem Ausfallrisiko (und damit schlechterem Rating an den Kapitalmärkten) müssen höhere Zinsen für ihre Staatsanleihen zahlen als Deutschland mit dem geringsten erwarteten Ausfallrisiko (bestem Rating) in der EU (Tabelle 3). Diese Risikoaufschläge steigen bei Spekulationen gegen die Zahlungsfähigkeit der betroffenen Länder. Bei Eurobonds fallen sie weg. Für Deutschland steigen dadurch zwar die Zinsen für die (dann gemeinschaftlichen) Staatsanleihen, dabei wird jedoch kein Geld transferiert.

von der Risikogemeinschaft profitieren. Gerade die deutsche Wirtschaft dürfte aufgrund ihrer großen Exportabhängigkeit ein Gewinner der Coronabonds sein (*Pena et al.*, 2020). Im Rahmen der Bundestagsdebatte über die Finanzierung des EU-Wiederaufbaufonds wird dennoch immer noch davor gewarnt, dass „[d]ie europäische Finanzverfassung [...] in eine illegale Schulden- und Transferunion umgebaut [wird]“ (*Deutscher Bundestag*, 2021, S. 27481).

Das Narrativ von Europa als Transferunion vernachlässigt zudem, dass gemeinsame Schulden in Form von EU-Anleihen immer zugleich auch gemeinsam verbrieft Wertpapiere sind. Das Risiko eines Zahlungsausfalls sinkt mit der Zahl der beteiligten Länder. Eurobonds können damit auch als sichere Anlagen dienen, die den Sparern eine risikoarme Anlage ermöglichen. So zeigte die erste Emission von EU-Anleihen zur Bewältigung der Coronakrise, dass sie aufgrund ihrer Bonität höher verzinst sind als die negativ verzinsten deutschen Staatsanleihen (*Frühauf*, 2020). Dieser Gewinn kommt auch den deutschen Sparern zugute. Die Zinserträge aus EU-Anleihen resultieren aus produktiven Investitionen in die Realwirtschaft. Investitionen in Infrastruktur und Fixkapital, die zu so genannten „Bruttoanlageinvestitionen“ zählen, werden deshalb auch in der jüngsten europäischen Debatte zur Staatsverschuldung von „Konsumausgaben“ getrennt. Bei hochverschuldeten Staatsapparaten sollte es jedoch fraglich sein, selbst Bruttoanlageinvestitionen (und nicht nur Konsumausgaben) mithilfe von Krediten zu finanzieren. Dem kommt hinzu, dass selbst Bruttoanlageinvestitionen unnützlich sein oder „umetikettiert“ werden (und dementsprechend Konsumausgaben gleichen) können (*Beretta*, 2020; *Krämer*, 2022).

Die EZB setzt schließlich das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) ein, um die nationalen Anleihenmärkte zu stabilisieren: indem sie verstärkt Staatsanleihen von finanzschwachen

Tabelle 3: Zinssätze in ausgewählten Mitgliedsländern der Eurozone nach dem EWU-Konvergenzkriterium, in Prozentpunkten.

	2009	2010	2011	2012	2021
Deutschland	+3,22	+2,74	+2,61	+1,50	-0,37
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)	+3,82	+3,60	+4,34	+3,86	+0,07
Frankreich	+3,65	+3,12	+3,32	+2,54	+0,01
Griechenland	+5,17	+9,09	+15,75	+22,50	+0,88
Italien	+4,31	+4,04	+5,42	+5,49	+0,81
Portugal	+4,21	+5,40	+10,24	+10,55	+0,30
Spanien	+3,98	+4,25	+5,44	+5,85	+0,35

Quelle: *Eurostat* (2022)

Ländern ankauft, zielt sie darauf ab, die Renditeabstände zwischen den nationalen Staatsanleihen zu beseitigen. Diese Maßnahmen stellen eine Art Rückversicherung dar: die EZB stellt die Solvenz der Euro-Länder sicher, indem sie den Anlegern signalisiert, dass sie im Krisenfall ihre Staatsanleihen aufkauft und sie damit risikofrei macht - eine Art „whatever it takes“ à la *Mario Draghi* (2012), wie er es am 26. Juli 2012 in London ausgesprochen und damit die Wogen um die Staatsanleihen kriselnder europäischer Länder geglättet hat. Den Mitgliedsstaaten der Eurozone entstehen dabei keine Kosten. Dies würde auch für den Fall gelten, dass die EZB so viele Eurobonds ankauft, dass kein Risiko des Zusammenbruchs der Eurozone besteht und keine Spekulation gegen den Euro aufkommen kann (*Ehnts, 2020; Flassbeck/Spiecker, 2020*).

Das mit dem Schlagwort „Transferunion“ auch in der Corona-Krise vorgetragene Argument, dass durch Eurobonds für (Fehl-)Entscheidungen anderer Länder gezahlt werden müsse, die durch die gemeinsame Haftung sogar erst hervorgerufen würden (Moral Hazard), verkennt auch, dass Versicherungen immer mit einer Trennung von Haftung und Entscheidung einhergehen. Moral Hazard der Versicherten beeinträchtigt die effiziente Allokation (als drittes Ziel öffentlicher Haushalte). Deshalb muss ein Kompromiss zwischen dem Prinzip der Risikostreuung und dem der Haftung gefunden werden, wie dies auch durch Selbstbehalte und Bedingungen für die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen geschieht. So beinhalten verschiedene Eurobond-Modelle unterschiedliche Vorschläge zur Haftungsbegrenzung (*Schäfer, 2020, S. 5*). Bei den Anleihen zur Finanzierung des EU-Wiederaufbaufonds ist die Haftung auf die Höhe der Beitragszahlungen in den EU Haushalt begrenzt, und die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Fonds ist an Bedingungen geknüpft. Diese Konditionalität wurde von Deutschland gefordert, beinhaltet aber Reformbedingungen, die Deutschland selbst nicht erfüllen kann (*Greive/Hildebrand, 2021*). Es fragt sich jedoch, ob Bedingungen hier überhaupt angebracht sind. Der durch die Corona-Pandemie eingetretene „Schadensfall“ kann nicht auf ein Fehlverhalten einzelner Länder zurückgeführt werden, sodass Moral Hazard hier auszuschließen ist. Deshalb ist das Pandemie-Notfallankaufprogramm der EZB nicht an Auflagen oder Bedingungen geknüpft, welche sogar umgekehrt zur Krise des Gesundheitssystems u. A. in Italien beigetragen hatten. Zum Einfluss der Austeritätspolitik auf der Grundlage der europäischen Maastricht-Kriterien und des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf das italienische Gesundheitswesen siehe beispielsweise *Prante et al. (2021)*. Im August 2011 hat *Passadakis (2020)* beispielsweise an die EZB und deren Schreiben an die italienische Regierung erinnert, „dass Schutz vor steigenden Zinsen auf italienische Staatsanleihen nur unter der Bedingung harter Einschnitte gewährt würde. Die italienische Regierung führte diese Einschnitte durch – in der Folge sank die Anzahl von Krankenhäusern im Land um 15 Prozent. Die Krise des Gesundheitssystems in

der aktuellen Pandemie ist eine Folge dieser Austeritätspolitik“. Schließlich stammt der Begriff „Moral Hazard“ aus der Versicherungsökonomik und passt deshalb nicht in die Erzählung einer Transferunion.

5. “TRANSFERUNION” UND DOPPELTE BUCHHALTUNG

Was zudem in der ohnehin polarisierten Debatte um den Begriff „Transferunion“ unterzugehen droht, ist die Rolle doppelter Buchhaltung in der Makroökonomik, die voraussetzt, dass alle handelnden (privaten sowie öffentlichen) Wirtschaftssubjekte gleichzeitig sowohl Verkäufer als auch Käufer – und umgekehrt – sind.^{§§§} Wenn Güter und Dienstleistungen gekauft werden, wird zugleich ein äquivalenter Anteil an einem bereits vorliegenden oder künftigen Einkommen verkauft. Der Gegenpart zum kommerziellen Kauf (d. h. von Gütern und Dienstleistungen) ist also ein finanzieller Verkauf (d. h. die Abgabe von Banknoten und Giralgeld über Bankeinlagen, die Belastung einer Kredit- oder Debitkarte oder auch die Gewährung eines Finanzierungskredits). Während letzterer Vorgang das Recht auf ein künftiges Einkommen verleiht – Finanzierungskredite haben letztendlich zurückgezahlt zu werden –, verweisen die anderen soeben genannten Zahlungsformen auf ein bereits vorliegendes Einkommen. Jedes Wirtschaftssubjekt – ob privat oder öffentlich – zahlt und empfängt den gleichen Betrag: auf jeden Güter- und Dienstleistungstransfer folgt also ein entsprechender Finanztransfer. Wie bereits erwähnt kann der Gegenstand eines solchen Finanztransfers durchaus auch ein Bezugsrecht auf ein künftiges Einkommen sein, wenn man bedenkt, welch großer Transaktionsanteil selbst im Einzelhandel auf Raten stattfindet.

Zugleich handelt es sich dabei um keine wirklichen „Transfers“, die hingegen einen einseitigen Ab- oder Zufluss von Geldressourcen nahelegen, während „Transaktion“ für Reziprozität steht. Beim Zahlungsverkehr geht es nämlich meistens um den (beidseitigen) Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Rechten auf ein bereits vorliegendes oder künftiges Einkommen. Überspitzt formuliert liegt bei jeder Transaktion eine kleine, in sich geschlossene „Transferunion“ vor. Ein weiteres Beispiel dafür stammt aus dem Finanzsektor, wo die Ersparnisse der einen vom jeweiligen Bank- oder Finanzinstitut angelegt oder weitergeliehen werden. „Anlegen“ oder „Weiterleihen“ implizieren, dass der Kauf von Finanzwerten – sei es Staatspapiere, Unternehmensanleihen, Aktien usw. – mit den Geldressourcen der Sparer finanziert wird.

^{§§§} Diesbezüglich „each agent entering an exchange is simultaneously credited and debited by the same amount of money, whose circular flow is instantaneous. Money is present in each payment and flows immediately back to its point of injection as soon as the payment is completed“ (*Beretta/Cencini, 2020*).

Jegliche finanzielle Förderung der Wirtschaftstätigkeit liegt also dem Finanzsektor inne, während der Begriff „Transferunion“ vor allem makroökonomisch verwurzelt ist. Der Finanzsektor vermittelt zwischen Sparen der einen und Finanzierungsbedarf der anderen. *Schmitt* (2021 [1984], S. 91) drückt den „Kurzschluss“ zwischen Kreditgebern und -nehmern folgendermaßen aus: „[i]f Peter borrows from Paul, he will pay what he owes out of his future income; in this way the bridge is built. Paul’s current income is lent, and Peter’s future income is given as a counterpart”.

Allerdings setzt die doppelte Buchhaltung auch voraus, dass alle Posten durch Gegenposten ausgeglichen werden. Von ihr stammen also jegliche „Transfermechanismen“, für die es auch auf internationaler Ebene keinen Grund gibt, sie infrage zu stellen. Die Zahlungsbilanz^{****} gleicht am Ende des jeweiligen Jahres beispielsweise Null, wobei dieses Prinzip sowohl für eine einzelne Nation als auch für unterschiedliche Länder gilt. Aus der internationalen Makroökonomik weiß man also, dass der Ausgleich der Leistungs- durch die Kapitalbilanz dasselbe, von der doppelten Buchhaltung etablierte Muster widerspiegelt. Sprich: auf den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen (vgl. Leistungsbilanz) folgt ein ebenbürtiger Kauf von Wertpapieren (vgl. Kapitalbilanz).^{†††} Ein Wirtschaftssubjekt – privat oder öffentlich – mag daher einen positiven Saldo bei den *verkauften* Gütern und Dienstleistungen eingefahren haben, aber es hat zugleich einen Überschuss beim *Kauf* von Wertpapieren eingefahren. Zwischen Ländern impliziert die der Zahlungsbilanz inne liegende doppelte Buchhaltung daher^{‡‡‡}, dass kommerzielle Verkäufe eines Landes den kommerziellen Käufen eines anderen entsprechen, was umgekehrt auch für die in der Kapitalbilanz verrechneten Posten gilt. *Cencini* (2012, S. 194) fasst diese beidseitige Relation der Makroökonomik folgendermaßen zusammen: „when referred to balance of payments transactions, double-entry book-keeping works in two distinct stages. First, it applies to every phase a single transaction, whether commercial or financial, can be subdivided into. [...] Second, it applies to the two phases of the transaction taken as a whole“.

**** Die übliche Definition ist: „die systematische Aufzeichnung der ökonomischen Transaktionen, die während eines bestimmten Zeitraums zwischen Inländern und Ausländern stattgefunden haben“ (*Richter*, 1973, S. 69)

††† Wenn ein Land zum Beispiel mehr Waren und Dienstleistungen kauft als es verkauft (Leistungsbilanzdefizit), muss es die Differenz durch Kreditaufnahme oder Verkauf von mehr Kapitalanlagen als es kauft (Kapitalbilanzüberschuss) finanzieren.

‡‡‡ Es lässt sich vermerken, dass „[u]nder the double-entry accounting system that underlies the balance of payments, each transaction is recorded as consisting of two entries and the sum of the credit entries and the sum of the debit entries is the same“ (*Internationaler Währungsfonds*, 2009, S. 9).

Als weiteres eklatantes Beispiel lassen sich Chinas Devisen- und Goldreserven ausmachen, die im Jahre 1977 noch bei 4,46 Mrd. US-Dollar und im Jahre 2020 schon bei 3.357 Mrd. US-Dollar (*The World Bank, 2022a*) lagen. Sie stammen aus wachsenden Leistungsbilanzen gegenüber den Vereinigten Staaten. Letztere mögen seit der zweiten Nachkriegszeit durchaus „die“ Reservewährung schlechthin stellen – sie verfügen über ein so genanntes „exorbitantes Privileg“ (*Triffin, 1985, S. 25*) –, sind sich aber Chinas Machtposition aufgrund dessen international ausgebauter Devisenbestände bewusst. Umgekehrt ist China als Gläubigerland aber auch an der Zahlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten (d. h. des Schuldnerlands) interessiert, zumal die der Chinesischen Volksbank zu eigen gewordenen Devisenreserven aus der amerikanischen Auslandsverschuldung entstanden sind.

Auf (inter)nationaler Ebene liegen also vielerlei, von der doppelten Buchhaltung implizierte „Transfermechanismen“ vor, die einen makroökonomischen Zusammenhang zwischen kommerziellen und finanziellen Salden etablieren. Es bleibt nun im europäischen Fall zu fragen, ob derartige Funktionsmuster auch auf Fiskal- und Staatshaushaltsebene bestehen. Obwohl sie es nicht direkt tun – der deutsche Etat stellt kein „kommunizierendes Rohr“ zu dem anderer Länder dar –, ist die EU eine Interessengemeinschaft, in der das Wohlergehen des einen in engem Zusammenhang zu jenem des anderen steht. Ob „Transfermechanismen“ weiter ausgebaut zu werden hätten, ist in diesem Zusammenhang ein „weite[s] Feld“ (*Fontane, 1896, S. 521*). Dass die doppelte Buchhaltung allerdings nahelegt, dass TARGET2 (woran letztendlich 1.537 Bank- und Finanzinstitute beteiligt sind (*Europäische Zentralbank, 2022a*)) sich wie eine herkömmliche Bilanz mit entsprechendem Finanzausgleich verhält (was selbst vom Begriff „Bilanz“ abgeleitet werden kann), ist genauso klar.

Jenseits des vorherrschenden ökonomischen Weltbildes einer auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruhenden Wirtschaftsweise (mit Gewinnorientierung und individuellem Tausch) sei schließlich noch die uralte Sicht einer reziproken Wirtschaftsweise (mit kollektivem Tausch) erwähnt: „Aristoteles wusste noch, dass durch die Verbreitung des Geldes mit dem für ihn moralisch fragwürdigen Gegenseitigkeitsprinzip (synallagmatische Wirtschaft) ein der menschlichen Würde angemesseneres System kollektiven Gebens und Nehmens (Tauschwirtschaft) verdrängt wurde“ (*Reifner, 2017, S. 87f.*). Während der synallagmatische Tausch die Fähigkeit inne hat, auch unkooperatives Verhalten für die Wirtschaft nutzbar zu machen, zeichnet sich die reziproke Wirtschaftsweise durch uneigennütziges Abgeben und Kooperation aus (*Reifner, 2017, S. 99, 111*). Der Begriff „Transferunion“ steht auch dazu im Widerspruch.

6. FAZIT UND AUSBLICK

Die deutsche Erzählung, Europa entwickle sich durch die weitere Integration zu einer Transferunion, in der einseitig Zahlungen von den wirtschaftsstarken zu den -schwächeren Mitgliedsstaaten fließen, ist ein Zerrbild. Sie schürt Angst, da sie das Bild von Deutschland als Verlierer der Europäischen Integration vermittelt. Dass vielmehr alle Mitgliedsländer durch eine bessere Risikoteilung gewinnen, wird ausgeblendet. Dies ist insbesondere in der COVID-19 Pandemie – ein exogener Schock für alle Länder – deutlich geworden, wo nach gemeinsamen, sich von der Zeit der europäischen Schuldenkrise stark unterscheidenden Lösungen gesucht worden ist. Passendere Narrative sind Europa als „Stabilitätsunion“ oder „Risikogemeinschaft“.

Aus den Ergebnissen über die Häufigkeit des Narrativs „Transferunion“ im Deutschen Bundestag lassen sich zwar keine kausalen Zusammenhänge zu getroffenen politischen Beschlüssen ableiten, jedoch ist davon auszugehen, dass dominante Narrative einen relevanten Einfluss darauf haben. Darauf deuten auch Presseäußerungen führender Regierungsvertreter hin: „Eine Transferunion wird es mit mir nicht geben. Jedes Land ist für seine Schulden selbst verantwortlich“ (*Janssen* 2012), und „Eine Transfer-Union, so wie ich sie verstehe, wäre ein automatischer Finanzausgleich. Und die darf es nach meiner Überzeugung nicht geben“ (*F.A.Z.* 2011), obwohl der Gedanke einer Transferunion scheinbar eine Option war (*Jäger* 2015). Die deutsche Bundesregierung stand vermutlich auch deshalb den gemeinsamen EU-Anleihen zur direkten Unterstützung der von der Coronakrise besonders betroffenen Länder ablehnend gegenüber (*Herrmann* 2020) und stimmte diesen schließlich nur unter den Bedingungen Haftungsbegrenzung und Konditionalität zu.

Die genauen Ursachen und Mechanismen, die ökonomische Narrative antreiben, sind noch zu wenig erforscht. Die starke Ausbreitung des Schlagworts „Transferunion“ in Deutschland dürfte allerdings auch mit dem öffentlichen Einfluss der Ökonomen zusammenhängen, die es besonders häufig gebrauchen – vor allem Hans-Werner Sinn, der viele Jahre sowohl für Medien als auch für Politik als der einflussreichste Ökonom des Landes gegolten hat (*F.A.Z.*, 2019). Dabei ist von einem Wechselspiel zwischen der in den letzten beiden Dekaden vorherrschenden neoliberalen politischen Agenda und dem Einfluss neoliberaler Ökonomen auszugehen^{§§§§}. Es ist daher von besonders wirtschaftspolitischer Relevanz, sorgfältiger mit Begrifflichkeiten umzugehen und deren Gehalt zu hinterfragen. Nur durch Senkung der Infektions- und Anstieg der

^{§§§§} Zum Begriff des Neoliberalismus und dessen Wechselwirkungen mit der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft siehe *Hübenbecker* (2020).

Genesungsrate kann dieses „narrative Virus“ eingeschränkt oder vielleicht sogar ausgerottet werden. Ob der Ukraine-Krieg einen Wandel der Narrative in Richtung europäische Stabilitätsunion oder Risikogemeinschaft befördert, bleibt abzuwarten.*****

LITERATUR

- Agnew, John (2019), „National and regional integration“, in: Douglas Richardson, Noel Castree, Michael F. Goodchild, Audrey Kobayashi, Weidong Liu und Richard A. Marston (Hrsg.), *International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology*, New York, S. 1-13.
- an der Heiden, Matthias und Udo Buchholz (2020), *Modellierung von Beispielszenarien der SARS-CoV-2-Epidemie 2020 in Deutschland*, <http://dx.doi.org/10.25646/6571.2> (10. Februar 2022).
- Arrow, Kenneth J. (1963), „Uncertainty and the Welfare Economics of Medical Care“, *American Economic Review*, Jg. 53, H. 5, S. 941-73.
- Becker, Peter (2018), *Die EU auf dem Weg in eine »Transferunion«? Ein Beitrag zur Entdramatisierung*, Berlin.
- Beretta, Edoardo (2020), „C’era una volta un debito “buono” ed uno “cattivo”...“, *Azione*, Jg. 83, H. 45, S. 33-33.
- Beretta, Edoardo und Alvaro Cencini (2020), „Double-entry bookkeeping and balance of payments: the need for developing a new approach“, *Insights into Regional Development*, Jg. 2, H. 3, S. 610-629.
- Börsenlexikon (o. J.), *Transferunion*, <https://www.boerse.de/boersenlexikon/Transferunion> (25. Mai 2020).
- Bulmer, Simon und William E. Paterson (2018), *Germany and the European Union: Europe's Reluctant Hegemon?*, London.
- Bundesfinanzministerium (2022a), *Länderfinanzausgleich*, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html (9. Juni 2022)

***** So sprach sich z. B. Gustav Horn auf der Tagung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung „Die europäische Integration nach Corona und der Ukraine-Invasion“ am 4. Mai 2022 in Berlin für Maßnahmen zum Aufbau einer europäischen Resilienzgemeinschaft aus.

- (2022b), *Fragen und Antworten zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)*, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2012-08-16-esm-faq.html#doc23002bodyText1> (9. Juni 2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022), *Nettozahler und Nettoempfänger in der EU*, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger> (9. Juni 2022).
- CDU/CSU (2020), *Argumentarium Corona-Bonds*, *CDU/CSU Fraktion im Bundestag, AG Haushalt*, <https://www.christophdevries.de/wp-content/uploads/2020/04/Faktenblatt-Corona-Bonds.pdf> (25. Mai 2020).
- Cencini, Alvaro (2012), *Macroeconomic Foundations of Macroeconomics*, London und New York.
- Cruz-Hidalgo, Esteban, Ehnts, Dirk H. und Pavlina R. Tcherneva, (2019), “Completing the Euro: The Euro Treasury and the Job Guarantee”, *Revista de Economía Crítica*, H. 27, S. 100-111.
- De Grauwe, Paul (2016), *Economics of Monetary Union*, Oxford.
- Deutsche Bundesbank (2017), „Zum Anstieg der deutschen TARGET2-Forderungen“, *Monatsbericht – März 2017*, S. 33-34.
- Deutsche Welle (2022), *COVID two years on: World still awaits answers about virus origin*, <https://www.dw.com/en/covid-two-years-on-world-still-awaits-answers-about-virus-origin/a-60388262> (11. Februar 2022).
- Deutscher Bundestag (2022), *Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*, <https://dip.bundestag.de> (11. Februar 2022).
- (2021), *Plenarprotokoll Nr. 19/218 vom 25. März 2021*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2019a), *Plenarprotokoll Nr. 19/86 vom 14. März 2019*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2019b), *Plenarprotokoll Nr. 19/95 vom 11. April 2019*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2018a), *Plenarprotokoll Nr. 19/22 vom 21. März 2018*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2018b), *Plenarprotokoll Nr. 19/23 vom 22. März 2018*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2017), *Plenarprotokoll Nr. 19/2 vom 21. November 2017*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).

- (2015), *Plenarprotokoll Nr. 18/114 vom 1. Juli 2015*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2010a), *Plenarprotokoll Nr. 17/41 vom 7. Mai 2010*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (2010b), *Plenarprotokoll Nr. 17/44 vom 21. Mai 2010*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- (1998), *Plenarprotokoll Nr. 13/230 vom 23. April 1998*, <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (11. Februar 2022).
- Die Bundesregierung (o. J.), *Euro-Schutzschirm. Was sind ESM, EFSF und EFSM?*, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/euro/was-sind-esm-efsf-und-efsm--476194> (20. Oktober 2020).
- Draghi, Mario (2012), *Verbatim of the remarks made by Mario Draghi. Speech by Mario Draghi, President of the European Central Bank at the Global Investment Conference in London 26 July 2012*, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html> (10. Februar 2022).
- Ehnts, Dirk (2020), „Europa scheitert an deutschen „Juristen““, *Makroskop*, <https://makroskop.eu/europa-scheitert-an-deutschen-juristen> (31. März 2020).
- Europäische Kommission (2021), *Europäischer Aufbauplan*, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de#wichtigste-instrumente-zur-untersttzung-des-europischen-aufbauplans (5. Juni 2020).
- (2019), *Mythos „Wir Deutsche zahlen für den Rest Europas“*, *Faktenblatt: Ein EU-Haushalt für die Zukunft*, <http://bit.ly/DEUZeche> (9. Juni 2022).
- Europäische Zentralbank (2022a), *List of participants*, https://www.ecb.europa.eu/paym/target/target2/profuse/participation/shared/pdf/List_of_participants_target2.pdf?aed22fe5692d1b4ffaea1f333fd226f6 (8. Februar 2022).
- (2022b), *Capital subscription*, <https://www.ecb.europa.eu/ecb/orga/capital/html/index.en.html> (8. Februar 2022).
- (2020), *Was sind TARGET2-Salden?*, https://www.ecb.europa.eu/explainers/tell-me-more/html/target2_balances.de.html (28. Oktober 2020)
- European Stability Mechanism (2022), *How we decide – Shareholders*, <https://www.esm.europa.eu/esm-governance> (11. Februar 2022).
- Eurostat (2022), *EMU convergence criterion series – annual data*, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/TEC00097> (9. Juni 2022).

- F.A.Z. (2019), *F.A.Z.-Ökonomenranking: Deutschlands einflussreichste Ökonomen*, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/f-a-z-oekonomenranking-2019-die-tabellen-16393825.html> (11. Februar 2022).
- F.A.Z. (2011), „Merkel: Eine Transferunion in Europa darf es nicht geben“, <https://www.faz.net/aktuell/politik/kanzlerin-vor-der-bundespressekonferenz-merkel-eine-transferunion-in-europa-darf-es-nicht-geben-11104768.html> (7. Mai 2022).
- Fidler, Stephen (2011), „Funding Poorer Members Won’t Help the Euro Zone“, *The Wall Street Journal*, 18. Februar 2011, <https://www.wsj.com/articles/SB10001424052748704657704576150371429717018> (9. Juni 2022).
- Finke, Björn und Matthias Kolb (2020), „EU-Gipfel: Fahrplan für den Aufschwung“, *Süddeutsche Zeitung*, 23. April 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-eu-wiederaufbauprogramm-1.4884890> (11. Februar 2022).
- Fischer, Malte (2017), „Eine Transferunion à la Macron“, *Wirtschaftswoche*, 8. September 2017, <https://www.wiwo.de/my/politik/europa/euro-zone-eine-transferunion-a-la-macron/20293532.html?ticket=ST-11765928-rbxoxQXjjFDbeU1HoDO2-ap1> (11. Februar 2022).
- Flassbeck, Heiner und Friederike Spiecker (2020), „Alte Dogmen blockieren wirksame Lösung“, *Makroskop*, 31. März 2020, <https://makroskop.eu/alte-dogmen-blockieren-wirksame-losung> (11. Februar 2022).
- Fontane, Theodor (1896), *Effi Briest*, Berlin.
- Franz, Christian und Marcel Fratzscher (2018), „Wie man aus einer Mücke einen Elefanten macht: wieso das Target-System ein Anker der Stabilität für Deutschland und Europa ist“, *DIW aktuell – 15*, Berlin.
- Fratzscher, Marcel, König, Philipp und Claudia Lambert (2013), „Target-Salden – ein Anker der Stabilität“, *DIW Wochenbericht*, Jg. 80, H. 44, S. 19-28.
- Frühauf, Markus (2020), „Paukenschlag am Anleihenmarkt, EU-Anleihen stoßen auf Rekordnachfrage“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Oktober 2020, <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/die-ersten-eu-anleihen-stossen-auf-rekordnachfrage-17010874.html> (11. Februar 2021).
- Google (2020), *Google Books Ngram Viewer*, <https://books.google.com/ngrams> (16. März 2020).
- Greive, Martin und Jan Hildebrand (2021), „EU verweigert Deutschland vorerst Gelder aus dem Wiederaufbaufonds – wegen fehlender Reformen“, *Handelsblatt*, 24. Januar 2021, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/pandemie-eu-verweigert-deutschland->

[vorerst-gelder-aus-dem-wiederaufbaufonds-wegen-fehlender-reformen/26843010.html?utm_source=red&utm_medium=nl&utm_campaign=hb-morning-briefing&utm_content=2021124&ticket=ST-11778891-uUTorqyZVMibGmCxXF0U-ap1](https://www.wirtschaftsdienst.de/26843010.html?utm_source=red&utm_medium=nl&utm_campaign=hb-morning-briefing&utm_content=2021124&ticket=ST-11778891-uUTorqyZVMibGmCxXF0U-ap1)
(11. Februar 2022).

Hecker, Christian (2018), „Wenn Renditeziele in Kosten umdefiniert werden – „Narrative Economics“ in der Praxis“, *Wirtschaftsdienst*, Jg. 98, H. 12, S. 890-894.

Hellwig, Martin (2018), „Target-Falle oder Empörungsfalle? Zur deutschen Diskussion über die Europäische Währungsunion“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Jg. 19, H. 4, S. 345-382.

Herrmann, Ulrike (2020), Streit über Coronabonds: Tausend Ökonomen gegen Merkel, *taz*, 5. April 2020, <https://taz.de/Streit-ueber-Coronabonds/!5673559/> (6. Mai 2022).

Hübenbecker, Ulf (2020), „Wechselwirkungen zwischen orthodoxer Wirtschaftswissenschaft und Neoliberalismus: die Epistemologie der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft als Grundlage für den Neoliberalismus“, in: Gerd Grözing, Helge Peukert und Arne Heise (Hrsg.), *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 31: Ökonomie in der Krise. Analyse – Kritik – Umgestaltung*, Marburg, S. 149-171.

Hüther, Michael, Bofinger, Peter, Dullien, Sebastian, Felbermayr, Gabriel, Schularick, Moritz, Südekum, Jens und Christoph Trebesch (2020), „Europa muss jetzt finanziell zusammenstehen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. März 2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-pandemie-gastbeitrag-europa-muss-jetzt-finanziell-zusammenstehen-16688858.html> (11. Februar 2022).

Internationaler Währungsfonds (2009), *Balance of Payments and International Investment Position Manual – Sixth Edition (BPM6)*, Washington, D. C.

————— (2003), *Balance of Payments Statistics Yearbook 2003*, Washington, D. C.

Jäger, Thomas (2015), Auch wenn sie es bestreitet. Diesen drastischen Schritt erwog Merkel wohl in der Schuldenkrise, *FOCUS-Online*, 7. Juli 2015, https://www.focus.de/politik/experten/jaeger/das-geheime-vietnam-telefonat-diesen-krassen-schritt-erwog-merkel-in-der-schuldenkrise-auch-wenn-sie-es-bestreitet_id_4801805.html (9. Mai 2022).

Janssen, Hauke (2012), Merkel und Schäuble in der Euro-Krise: Die Schönredner, *Der Spiegel*, 19. November 2012, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchhausen-check-merkel-und-schaeuble-ueber-die-euro-krise-a-867147.html> (7. Mai 2022).

Kahneman, Daniel und Amos Tversky (2000), *Choices, Values, and Frames*, Cambridge.

- Kaiser, Tobias und Christoph B. Schiltz (2020), „Merkel irritiert von der Aggressivität des italienischen Premiers“, *WELT*, 27. März 2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article206831067/EU-Videogipfel-zu-Corona-Merkel-irritiert-von-der-Aggressivitaet-des-italienischen-Premiers.html> (11. Februar 2022).
- Komlos, John und Hermann Schubert (2020), „Reaganomics – Wegbereiter des Trumpismus“, *Wirtschaftsdienst*, Jg. 100, H. 1, S. 64-71.
- Krämer, Jörg (2022), *Macron und Draghi setzen bei den EU-Haushaltsregeln die falsche Prioritäten. Frankreich und Italien wollen die EU-Haushaltsregeln aufweichen. Nötig ist das Gegenteil, meint Jörg Krämer. Er hält ein Plädoyer für solide Staatsfinanzen*, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-macron-und-draghi-setzen-bei-den-eu-haushaltsregeln-die-falsche-prioritaeten/27959892.html?ticket=ST-11658475-JTXQdceSIuIfMZqWpaai-ap1> (11. Februar 2022).
- Mayer, Thomas (2020), „Shiller-Theorie im Corona-Crash. Wie der Kampf der Narrative die Börsen antreibt“, *Wirtschaftswoche*, 31. März 2020, <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/shiller-theorie-im-corona-crash-wie-der-kampf-der-narrative-die-boersen-antreibt/25696602.html> (11. Februar 2022).
- Narr, Kristin und Christian Friedrich (2021), *Medienkompetenz und Digital Literacy*, <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/politische-bildung-in-einer-digitalen-welt/324982/medienkompetenz-und-digital-literacy> (4. Mai 2022).
- Neuberger, Doris (2020), *Coronabonds als Versicherung – aber mit Rückversicherung, Bürgerbewegung Finanzwende*, <https://www.finanzwende.de/blog/coronabonds-als-versicherung-aber-mit-rueckversicherung> (16. März 2020).
- Passadakis, Alexis (2020), „Austerität ist tödlich“, *der Freitag – Die Wochenzeitung*, 18. März 2020, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/austeritaet-ist-toedlich> (11. Februar 2022).
- Pena, Paulo, Schumann, Harald und Jef Poortmans (2020), „Europe divided over ‘Coronabonds’“, *Investigate Europe*, 30. März 2020, <https://www.investigate-europe.eu/de/2020/europa-uneins-ueber-coronabonds> (11. Februar 2022).
- Plehwe, Dieter (2014), „Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, S. 63-72.
- Prante, Franz, Bramucci, Alessandro und Achim Truger (2021), „Austerität, das italienische Gesundheitssystem und die Coronakrise“, *WISO Diskurs*, H. 3, S. 1-26.
- Rat der EU (2020), *COVID-19: Rat beschließt vorübergehende Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Krise (SURE-Instrument)*, *Pressemitteilung*, 19. Mai

- 2020, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/19/covid-19-council-reaches-political-agreement-on-temporary-support-to-mitigate-unemployment-risks-in-an-emergency-sure/> (5. Juni 2020).
- Reifner, Udo (2017), *Das Geld 1. Ökonomie des Geldes - Kooperation und Akkumulation*, Wiesbaden.
- Richter, Rudolf (1973), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung / Volkswirtschaftliche Finanzierungsrechnung / Zahlungsbilanz: Ein Grundriß, 2., völlig neubearbeitete Auflage*, Wiesbaden.
- Roos, Michael W. M. und Matthias Reccius (2021), „Narratives in Economics“, *Ruhr Economic Papers*, H. 922, <https://www.econstor.eu/handle/10419/242957> (11. Februar 2022).
- Rose, David (2021), *Euro-Rettungspakete: So viel Geld floss nach Griechenland*, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete-101.html> (19. Oktober 2020).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020), *Jahresgutachten 2020/21, Coronakrise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken*, Wiesbaden.
- Schäfer, Hans-Bernd (2020), „ESM-Kredite zur Bekämpfung der Coronakrise greifen zu kurz“, *Wirtschaftsdienst*, Jg. 100, H. 5, S. 351-355.
- Schelkle, Waltraud (2017), *The Political Economy of Monetary Solidarity. Understanding the Euro Experiment*, Oxford.
- Schmitt, Bernard (2021). *Inflation, Unemployment and Capital Malformations*, London und New York.
- Schonlau, Matthias, Guenther, Nick, Sucholutsky, Ilia (2017), „Text mining with n-gram variables“, *The Stata Journal*, Jg. 17, H. 4, S. 866-881.
- Shiller, Robert J. (2020), „Popular Economic Narratives Advancing the Longest U.S. Expansion 2009-2019“, *Journal of Policy Modeling*, Jg. 42, H. 4, S. 791-798.
- (2019), *Narrative Economics: How Stories Go Viral and Drive Major Economic Events*, Princeton.
- (2017), „Narrative Economics“, *American Economic Review*, Jg. 107, H. 4, S. 967-1004.
- Sinn, Gerlinde, Sinn, Hans-Werner (2015), „Do not perpetuate the Dutch Disease in Europe: Lessons from German reunification for a European Fiscal Union“, *VOXEU*, 1. November 2015, <https://voxeu.org/article/german-reunification-lessons-european-fiscal-union> (11. Februar 2022).

- Sinn, Hans-Werner (2004), Der deutsche Transferstaat ist Unfug, *Die Welt*, 21. Oktober 2004, <https://www.welt.de/print-welt/article347543/Der-deutsche-Transferstaat-ist-Unfug.html> (11. Februar 2022).
- Sinn, Hans-Werner (2012a), „Die Europäische Fiskalunion. Gedanken zur Entwicklung der Eurozone“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*. Jg. 13, H. 3, S. 137-178.
- Sinn, Hans-Werner (2012b), *Die Target-Falle: Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, München.
- Sinn, Hans-Werner (2018a), Brexit, Deutschland und die Zukunft der EU, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Februar 2018, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hans-werner-sinn-brexit-deutschland-und-die-zukunft-der-eu-15462756.html> (11. Februar 2022).
- Sinn, Hans-Werner (2018b), „Europas Weg in die Transferunion“, *Die Presse*, 2. Februar 2018, <https://www.diepresse.com/5364598/europas-weg-in-die-transferunion> (11. Februar 2022).
- Sinn, Hans-Werner (2018c), „Fast 1000 Milliarden Target-Forderungen der Bundesbank: Was steckt dahinter?“, *ifo-Schnelldienst*, Jg. 71, H. 14, S. 26-37.
- Sinn, Hans-Werner und Holger Feist (1997), „Eurowinners and Eurolosers: The Distribution of Seignorage Wealth in EMU“, *European Journal of Political Economy*, Jg. 13, S. 665-689.
- Sinn, Hans-Werner und Frank Westermann (2000), „Two Mezzogiornos“, *CESifo Working Paper*, H. 378, S. 1-35.
- Smith, Aaron, Silver, Laura, Johnson, Courtney und Jingjing Jiang (2019), *Publics in Emerging Economies Worry Social Media Sow Division, Even as They Offer New Chances for Political Engagement*, <https://www.pewresearch.org/internet/2019/05/13/publics-in-emerging-economies-worry-social-media-sow-division-even-as-they-offer-new-chances-for-political-engagement> (11. Februar 2022).
- Thaler, Richard H. (2016), „Behavioral Economics: Past, Present, and Future“, *American Economic Review*, Jg. 106, H. 7, S. 1577-1600.
- (2015), *Misbehaving: The Making of Behavioral Economics*, New York.
- The World Bank (2022a), *Total reserves (includes gold, current US\$) – China*, <https://data.worldbank.org/indicator/FI.RES.TOTL.CD?locations=CN> (11. Februar 2022).
- (2022b), *GDP growth (annual %)*, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?end=2020&start=2020> (11. Februar 2022).
- Triffin, Robert (1985), „The International Accounts of The United States and Their Impact Upon The Rest of The World“, *Cahiers Économiques*, H. 3, S. 21-36.

- Wanniski, Jude (1978), „Taxes, Revenues, and The “Laffer Curve”“, *National Affairs*, Jg. 50, H. 3, S. 3-16.
- Westermann, Frank (2018), „Vorstellung der Thesen von Hans-Werner Sinn. Europa: so oder so – eine Einführung in die Themen und Thesen“, *ifo Schnelldienst*, Jg. 71., H. 18, S. 54-56.
- World Economic Forum (2020), *The Global Risks Report 2020*, https://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risk_Report_2020.pdf (11. Februar 2022).
- ZEIT ONLINE (2020), *EU-Rettungspaket: Friedrich Merz warnt vor europäischer Transferunion*, <https://www.zeit.de/politik/2020-05/eu-rettungspaket-transferunion-Coronakrise-friedrich-merz-cdu> (25. Mai 2020).
- (2019), *70 Jahre Bundestag – Darüber spricht der Bundestag*, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaem-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel#s=solidarit%C3%A4tszuschlag> (8. Mai 2021).
- (2018), *ESM-Rettungsschirm: Deutschland macht Milliarden Gewinn mit Griechenland-Hilfe*, https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-06/griechenland-rettungsschirm-deutschland-profit-milliarden?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (20. Oktober 2020).
- Zeitler, Franz-Christoph (2014), „The European Public Debt Crisis and the Institutional Framework of the Monetary Union: Experience and Adjustments“, in: Ringe, Wolf-Georg und Peter M. Huber (Hrsg.), *Legal Challenges in the Global Financial Crisis. Bail-outs, the Euro and Regulation*, Oxford.

Anhang

Tabelle 4: Häufigkeit der Nennung von „Transferunion“ nach Parteien in den Plenarprotokollen des Deutschen Bundestages 1. Oktober 1949 – 26. Oktober 2021.

Plenarprotokoll	Tagesordnungspunkte (Auszüge)*	Anzahl Nennungen „Transferunion“						
		Insgesamt	CDU/CSU	FDP	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AFD
Nr. 13/175 vom 15. Mai 1997	Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	1		1				
Nr. 13/230 vom 23. April 1998	Dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Einführung des Euro	7	5	2				
Nr. 13/234 vom 6. Mai 1998	Der Euro, Festlegung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	1	1					
Nr. 14/16 vom 21. Januar 1999	Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrates	1	1					
Nr. 14/31 vom 26. März 1999	Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin	1	1					
Nr. 17/36 vom 21. April 2010	Antrag Griechenlands auf Kredithilfe	1	1					
Nr. 17/39 vom 5. Mai 2010	Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz	3	2	1				
Nr. 17/41 vom 7. Mai 2010	Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz	12	6	6				
Nr. 17/42 vom 19. Mai 2010	Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro, Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus	4	1	3				
Nr. 17/44 vom 21. Mai 2010	Stabilisierung des Finanzsektors, Bankenrichtlinie, Kapitaladäquanzrichtlinie, Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus, Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz	9	5	3				
Nr. 17/55 vom 8. Juli 2010	Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	2		2				
Nr. 17/58 vom 15. September 2010	Bundshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	3	2	1				
Nr. 17/65 vom 7. Oktober 2010	Einlagen bei Finanzinstituten: Dezentrale Sicherungssysteme als Modell für Europa	1	1					

Nr. 17/67 vom 27. Oktober 2010	Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat	3	2	1	
Nr. 17/74 vom 24. November 2010	Bundshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	5	1	1	3
Nr. 17/78 vom 2. Dezember 2010	Antrag der Republik Irland auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus	2	1	1	
Nr. 17/80 vom 15. Dezember 2010	Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2010	2		1	1
Nr. 17/84 vom 20. Januar 2011	Jahreswirtschaftsbericht 2011, Jahresgutachten 2010/11 des Sachverständigenrates, Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011	7	2	3	2
Nr. 17/96 vom 17. März 2011	Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)	4	1		1
Nr. 17/99 vom 24. März 2011	Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz	8	1	4	2
Nr. 17/108 vom 12. Mai 2011	Hilfsantrag Portugal	6	3		3
Nr. 17/115 vom 10. Juni 2011	Stabilität der Euro-Zone sichern - Reformkurs in Griechenland vorantreiben	3	3		
Nr. 17/123 vom 7. September 2011	Bundshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	2	1	1	
Nr. 17/126 vom 21. September 2011	Geordnete Insolvenz - Die Haltung der Bundesregierung	1		1	
Nr. 17/130 vom 29. September 2011	Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus, Parlamentsrechte im Rahmen zukünftiger europäischer Stabilisierungsmaßnahmen	6	2	4	
Nr. 17/142 vom 23. November 2011	Bundshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	1			1
Nr. 17/143 vom 24. November 2011	Bundshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	3		3	
Nr. 17/148 vom 14. Dezember 2011	Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 2011	1	1		
Nr. 17/149 vom 15. Dezember 2011	Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union	1			1
Nr. 17/155 vom 26. Januar 2012	Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz	1			1
Nr. 17/160 vom 27. Februar 2012	Finanzhilfen für Griechenland, Notmaßnahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität zugunsten der Hellenischen Republik	3	1	1	1

Nr. 17/172 vom 29. März 2012	Änderung des Stabilisierungsmechanismusgesetzes	1	1		
Nr. 17/184 vom 14. Juni 2012	Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum G-20-Gipfel am 18./19. Juni 2012	1	1		
Nr. 17/188 vom 29. Juni 2012	Schaffung einer Stabilitätsunion, Europäischer Stabilitätsmechanismus	5	3	1	1
Nr. 17/189 vom 19. Juli 2012	Finanzhilfe zugunsten Spaniens	1	1		
Nr. 17/212 vom 30. November 2012	Anpassungsprogramm für Griechenland	4	4		
Nr. 17/214 vom 13. Dezember 2012	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 13./14. Dezember 2012	5	2		3
Nr. 18/89 vom 27. Februar 2015	Finanzhilfen zugunsten Griechenlands	1	1		
Nr. 18/114 vom 1. Juli 2015	Auslaufen des Finanzhilfeprogramms für Griechenland	4	3		1
Nr. 18/117 vom 17. Juli 2015	Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands	10	10		
Nr. 18/118 vom 19. August 2015	Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands	1	1		
Nr. 18/240 vom 22. Juni 2017	Europapolitik der Bundesregierung zwischen Griechenland-Krise, Brexit und Europäischem Rat	1			1
Nr. 18/221 vom 9. März 2017	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 9. März 2017 und zum Vorbereitungstreffen der 27 Staats- und Regierungschefs für den Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März 2017	1	1		
Nr. 19/2 vom 21. November 2017	AfD: Einhaltung des Verfassungs- und EU-Vertragsrechts bei der Euro-Stabilisierung sowie bei den Vorschlägen für eine Fiskalunion und für einen EU-Finanzminister	1		1	
Nr. 19/5 vom 13. Dezember 2017	Fiskalpolitische Eigenverantwortung für Stabilität und Wachstum in Europa	2	1	1	
Nr. 19/9 vom 22. Januar 2018	55 Jahre Élysée-Vertrag	1			1
Nr. 19/11 vom 1. Februar 2018	Europäischer Währungsfonds	4		2	2
Nr. 19/22 vom 21. März 2018	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin	4		1	2
Nr. 19/23 vom 22. März 2018	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin	1			1

Nr. 19/44 vom 3. Juli 2018	Bundeshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	1	1					
Nr. 19/45 vom 4. Juli 2018	Bundeshaushaltsplan, Finanzplan des Bundes	1						1
Nr. 19/74 vom 17. Januar 2019	Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen	1						1
Nr. 19/77 vom 31. Januar 2019	Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in den Mitgliedsländern der EU stärken, Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union	2						2
Nr. 19/86 vom 14. März 2019	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für einen stabilen Euro, AfD: Erhalt der nationalen Einlagensicherung – Keine Transfer- und Haftungsunion in Europa, FDP: Europas fiskalpolitische Regeln stärken – Transferunion verhindern	4	1	1	1			1
Nr. 19/92 vom 4. April 2019	Für ein Europa das schützt – Soziale Absicherung europaweit garantieren	2	1		1			
Nr. 19/95 vom 11. April 2019	Antrag der AfD: Target-Forderungen unabhängig vom Fortbestand des Euros besichern	6		1	5			
Nr. 19/98 vom 9. Mai 2019	AfD: Privilegierte Partnerschaft statt Vollmitgliedschaft – EU-Erweiterungspläne für den Westbalkan überdenken	1						1
Nr. 19/166 vom 18. Juni 2020	Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft und zum Europäischen Rat am 19. Juni 2020	1						1
Nr. 19/169 vom 1. Juli 2020	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Mit ganzer Kraft Europa stark machen	1	1					
Nr. 19/175 vom 16. September 2020	Urheberrecht nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit missbrauchen	1						1
Nr. 19/181 vom 2. Oktober 2020	Haushaltsgesetz 2021	1						1
Nr. 19/197 vom 8. Dezember 2020	Beschluss des Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes	1						1
Nr. 19/218 vom 25. März 2021	Aufbauinstrument Next Generation EU, Eigenmittelsystem der Europäischen Union	1	1					1
Nr. 19/230 vom 20. Mai 2021	Europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM-Finanzierungsgesetz, Bundesschuldenwesengesetz	2	2					
Nr. 19/239 vom 7. September 2021	Situation in Deutschland							1
Summe insgesamt		180	79	50	19	13	5	14
davon Anteile in Prozent			43,89	27,78	10,56	7,22	2,78	7,78

Summe 19. Bundestag (21. November 2017 – 26. Oktober 2021)		41	7	8	7	3	2	14
davon Anteile in Prozent			17,07	19,51	17,07	7,32	4,88	34,15

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von *Deutscher Bundestag* (2022). Nennungen in Tagesordnungspunkten wurden jeweils nur einmal gezählt. Eine Nennung im Bundesrat wurde nicht gezählt.